

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, 1 der Expedition abgegeben werden.

Nr. 288.

Dienstag, den 9. Dezember 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Imperialistische Pläne in Asien.

Die Eisenbahnen spielen in der Entwicklung der zurückgebliebenen Länder eine außerordentlich große Rolle. Sie ziehen sie in den Strudel des kapitalistischen Verkehrs, heben die Produktivkraft der Bevölkerung, ermöglichen eine Verbesserung der Wirtschaftsweise, bringen aber ihr vor allem eine große Steuerlast. Der „moderne Staat“ braucht aber nun nicht nur Geld zur Bedienung der Kosten dieser Bahnen, sondern vor allem auch zu Militärzwecken. Da die Ausgaben für Heer und Flotte sprunghaft anwachsen, während die Entwicklung der Produktivkräfte zwar beschleunigt vor sich geht, aber immerhin erst in längeren Perioden bedeutende Fortschritte machen kann, so verfallen die weniger entwickelten Staaten in Schulden, geraten in Abhängigkeit vom europäischen Kapital und verlieren schließlich gar ihre politische Selbstständigkeit. Oft bahnt die Staßschiene dem Imperialismus den Weg, und deshalb sträuben sich die wenigen noch selbständigen Staaten häufig, Eisenbahnkonzessionen an Angehörige der Großmächte zu verleihen. Allein auch in dieser Hinsicht geht das Kapital von Sieg zu Sieg. In Asien hat sich das Eisenbahnnetz seit 1890 verdreifacht, und gewaltige Pläne harren noch ihrer Ausführung. Von diesen sind besonders die Pläne der deutschen Imperialisten interessant, die sich an die Bagdadbahn und an Kautschau knüpfen, und die Hennig in seinem Buche über die Probleme des Weltverkehrs näher darlegt.

Berlin—Bagdad, das ist seit einiger Zeit die Losung der deutschen Imperialisten. Nach der Eröffnung der Teilstrecke der Bagdadbahn Toprakala—Alexandrette werden 668 Kilometer im Betrieb befinden. Zwar handelt es sich vorläufig bloß um noch voneinander getrennte Teilstrecken; man hofft aber, etwa in zwei Jahren die Teilstrecken vereinigen zu können.

Die neueste Teilstrecke Toprakala—Alexandrette ist für die Bagdadbahn von großer Bedeutung. Bekanntlich wollte weder die Türkei noch Deutschland die Hauptlinie unmittelbar an das Meer herantreten lassen, obgleich dies wirtschaftlich vorteilhaft und technisch geboten war. Die Bahn sollte aber dem Bereich der englischen Kriegsschiffe ferngehalten werden. Da der Bagdadbahn der Zugang zum Persischen Golf versagt ist, so mußte sie sich einen Ausweg zum Mittelmeer schaffen, den nun die Strecke Alexandrette darstellt. Da Alexandrette ein sehr guter Hafen ist, so gewinnt auch diese Bahn große Bedeutung für den ganzen zukünftigen mesopotamischen Verkehr.

So weit können die Imperialisten zufrieden sein. Allein in ihre Freude über die Bagdadbahn mischt sich das bittere Gefühl über „die deutsche Niederlage von Koweit“. Die Bagdadbahn wird nicht mehr den Persischen Golf erreichen können. „Deutschland und ... die Türkei“, so schreibt Hennig, „mögen sich nun drehen und winden wie sie wollen, um für die Bagdadbahn einen vom britischen Einfluß freien Ausweg zum Golf zu finden — jeder Weg ist ihnen jetzt verbaut, an allen wichtigen Punkten des Spieles stehen die englischen Figuren in beherrschender Stellung.“ Das neulich abgeschlossene „Koweit-Abkommen“ sichert England den Bau einer Bahn von Koweit nach Basra und damit auch die Herrschaft nicht nur über Koweit, sondern auch über diese wichtigste Erdstrecke der Bagdadbahn. Es fragt sich aber noch, ob England überhaupt diese Bahn bauen wird. Nun ist wiederum die Rede davon, daß der Tigris schiffbar gemacht werden solle; doch erscheint dieser Plan wenig ausführbar, da die Gewässer des Tigris für die Bewässerung Mesopotamiens notwendig sind. Eine „eiserne Mündung“ der Bagdadbahn ist also unentbehrlich, wird aber aus politischen Gründen von England noch lange nicht geschaffen werden. Zieht man dabei noch in Betracht, daß England auch den Hafen von Basra bauen wird, so ist es klar, daß es den Zugang zum Persischen Golf ganz in seine Hände bekommt.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Bagdadbahn ist gering. „Mit Ausnahme der Unternehmergruppe, die am Bau beteiligt ist, wird“, so meint Hennig, „für Deutschland in jedem Falle nur ein geringer wirtschaftlicher Gewinn bei dem deutschen Bahnunternehmen herauszuspringen, da die wertvollsten wirtschaftlichen Konzessionen in Mesopotamien schon in fremden Händen sind. Die trübe Prophezeiung alldeutscher Politiker, daß von dem Bagdadunternehmen eine deutsche Weltpolitik nichts, deutsches Kapital wenig, das deutsche Volk gar nichts haben werde, scheint in der Tat in vollem Umfange in Erfüllung zu gehen.“

Dieser weltpolitische Mißerfolg des Bagdadunternehmens hält die deutschen weltpolitischen Schwärmer nicht davon ab, neue, noch phantastischere Pläne auszuheden. Berlin—Bagdad genügt ihnen nicht mehr. Eine neue Lösung ist ausgegeben: Berlin—Konstantinopel—Kautschau. Es ist ein Herr Landrichter a. D. Romberg, der in Hennigs Zeitschrift für Weltverkehr und Weltwirtschaft zuerst das Projekt einer derartigen Bahn aufstellte. Es handelt sich um eine Bahn, die sich über fast 100 Grade hinziehen und zum großen Teil Wüsteneien durchlaufen müßte. Daß diese Bahn dabei auf große politische Schwierigkeiten stoßen würde, ist ebenfalls klar. Daß die Verbindung von Konstantinopel und Peking mal kommen würde, daran ist nicht zu zweifeln. Je mehr aber der Imperialismus danach streben wird, seine Hand darauf zu legen, um so weniger wahrscheinlich ist es, daß der Bau einer solchen Bahn zustande kommt.

Dem Militarismus ist es auch zuzuschreiben, daß wir keine Bahnverbindung von Europa nach Indien bekommen. Wir haben schon erwähnt, daß die englische Regierung wahrscheinlich die Endstrecke der Bagdadbahn noch lange nicht bauen wird. Ebenso wird sie die Verlängerung der Bagdadbahn nach Indien vorläufig nicht gestatten. So lange Indien nicht zu einem freien selbständigen Staate, wenigstens nach dem Muster der selbständigen englischen Kolonien, geworden ist, so daß es in stande sein wird, einem Angriff durch Rußland oder einer anderen Macht kräftigen Widerstand zu leisten, sind die Aussichten dieser Bahn gering.

Infolge des militärisch-wirtschaftlichen Gegensatzes zwischen Rußland und England in Asien bleibt auch Afghanistan immer noch ohne Bahnen, und die Verbindung der russischen Murghabbahn mit den indischen Bahnen, eine Verbindung, die bloß 650 Kilometer lang sein würde, wird nicht geschaffen. England wacht aufs eifrigste darüber, daß die russischen Bahnen nicht die Grenze Afghanistans überschreiten, und der gegenwärtige Emir des Landes, Habib Allah, ist ebenfalls sorgsam darauf bedacht, sein Land völlig frei von Eisenbahnen zu halten, um es nicht zur Beute des russischen Ungeheuers werden zu lassen.

Noch weniger Aussicht auf Erfolg hat die transperische Bahn, die Rußland den Weg nach Indien öffnen soll. Ueber den Bau dieser Bahn wurde in der letzten Zeit sehr viel gesprochen; es scheint auch, daß zwischen Rußland und England ein Einverständnis erzielt worden sei. Persien kann sich selbstverständlich einem Bahnbau nicht mehr widersetzen. Dennoch ist vorläufig die Wahrscheinlichkeit, daß diese Bahn gebaut wird, noch gering. Ueber die Hälfte der von Baku bis zur indischen Grenze rund 3000 Kilometer langen Bahn würde durch ödes, unfruchtbares, kaum bewohntes Land laufen. Der Durchgangsverkehr von Waren würde ebenfalls gering sein, weil die Transportkosten zu hoch sein müssen und weil Rußland dem Durchgangsverkehr große Schwierigkeiten macht. Dabei ist es klar, daß den größten Vorteil aus einer solchen Bahn Britisch-Indien und nicht das wirtschaftlich und kulturell zurückgebliebene Rußland ziehen wird. Es ist ferner auch selbstverständlich, daß England darauf bestehen wird, daß diese Bahn längs der Küste gebaut wird, so daß sie nötigenfalls von den britischen Schiffen beherrscht werden kann. England hat auch schon beschlossen, die Bahn von Kurratschi bis Bender Abbas zu bauen, um Rußland zu zwingen, die transperische Bahn in Bender Abbas einmünden und damit die letzten 1250 Kilometer an die Küste herantreten zu lassen. Schließlich ist es nicht einzusehen, woher Rußland das Geld für den Bau dieser Bahn nehmen wird. Frankreich trägt sich heute mit eigenen kostspieligen kolonialpolitischen Plänen und scheint nicht mehr so willig zu sein, Geld für russische Eisenbahnpläne zu leihen.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

### Die sozialdemokratische Fraktion gegen Militärdiktatur und Scheinkonstitutionalismus.

Die sozialdemokratische Fraktion hat sich im Hinblick auf die Zaberner Vorgänge und die dabei erneut zutage getretene Unzulänglichkeit unserer Verfassungszustände mit der Frage beschäftigt, welche Maßnahmen erforderlich wären, um dem Scheinkonstitutionalismus wirksam zu Leibe zu gehen. Sie hat in dieser Richtung bereits früher folgende Anträge gestellt, welche bei der am Dienstag beginnenden Staatsdebatte selbstverständlich eine besondere Rolle spielen werden:

Hinter Artikel 17 der Reichsverfassung sind folgende Bestimmungen einzufügen

Artikel 17 a.

Der Reichskanzler ist für seine Amtsführung dem Reichstage verantwortlich. Diese Verantwortlichkeit erstreckt sich auf alle politischen Handlungen und Unterlassungen des Kaisers. Der Reichskanzler ist zu entlassen, wenn der Reichstag es fordert.

(In weiteren Artikeln 17 b bis 17 i werden dann Vorschriften über die praktische Durchführung der Verantwortlichkeit, Anklage des Reichskanzlers, Verfahren gegen ihn, Schadenersatz usw. gegeben.)

In Artikel 11, Absatz 2 der Verfassung des Deutschen Reiches sind hinter den Worten „Zur Erklärung des Kriegs im Namen des Reiches ist die Zustimmung des Bundesrats“ einzuschalten „und des Reichstags“ (erforderlich).

Hinter Artikel 23 der Reichsverfassung wird nachfolgender Artikel eingefügt:

Artikel 23 a.

Der Reichstag hat das Recht, behufs seiner Information Kommissionen zur Untersuchung von Tatsachen zu ernennen. Diese Kommissionen sind berechtigt, Zeugen und Sachverständige — auch eidlich — zu vernehmen und überhaupt alle diejenigen Erhebungen zu veranstalten, die sie zur Klarstellung der Tatsachen für nötig erachten. Die Behörden sind gehalten, diesen Kommissionen bei Ausübung ihrer Amtspflicht innerhalb der Grenzen ihrer Aufgaben die geforderte Unterstützung zu gewähren.

Die Mitglieder dieser Kommissionen erhalten für ihre Zeitversäumnisse und Auslagen Entschädigung, deren Höhe reichsgelegentlich festgestellt wird.

Bei der Beratung des Militäretats werden die auf die Demokratisierung des Heeres abzielenden Anträge, wie bereits bei der letzten Heeresvorlage, zur Erörterung gestellt werden.

### Die Fraktionen des Reichstages.

Nach dem soeben ausgegebenen Fraktionsverzeichnis des Reichstages haben die Fraktionen zurzeit folgende Stärke: Sozialdemokraten 110, Zentrum 88, Nationalliberale 46, Konservative und Fortschrittliche Volkspartei je 43, Polen 18, Reichspartei 12, Elsaß-Lothringer 9, Wirtschaftliche Vereinigung 7, Deutsch-Hannoveraner 5, Deutsche Reformpartei 3. Fraktionslos sind 8 Mitglieder. Erledigt sind 5 Mandate und zwar 2 des Zentrums (Klose, Rudhoff) und je eins der Sozialdemokraten (Haupt), der Nationalliberalen (Roelisch) und der Reichspartei (Zürn).

### Fortschrittliche Volkspartei und Zuchthausgesetz.

Der Zentralausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei trat am Sonnabend in Berlin zu einer Herbsttagung zusammen. Zunächst beschäftigte sich der Ausschuß mit der Zaberner Affäre, wobei er die Haltung der Fortschrittlichen Volkspartei billigte; dann aber wurde die Frage des „Schutzes der Arbeitswilligen“ zur Erörterung gestellt. Die Beteiligung an der Debatte war eine außerordentlich rege. Beschlüsse wurden nicht gefaßt, aber der Referent Wiener faßte die Debatte dahin zusammen, daß der Zentralausschuß einmütig für den Schutz der Arbeitsfreiheit, aber gegen eine Verschärfung der Gesetze, für die Ausgestaltung des Koalitionsrechts und für die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine sei.

### Ein Kulturbild.

Der Landrat des Kreises Liegnitz erläßt im dortigen Kreisblatt die alljährlich übliche Anweisung über den Abschub der russisch- und galizisch-polnischen Arbeiter in ihre Heimat, die bis zum 20. Dezember zu erfolgen hat. Im Anschluß daran sagt der Landrat:

„Ferner ersuche ich die Polizei- und Gemeindebehörden, alle Arbeitgeber dringend zu veranlassen, nach erfolgter Abreise der Saisonarbeiter, unmittelbar nach dem Freiwerden ihrer Quartiere die von den Ausländern benutzten Wohn- und Schlafräume sowie sämtliches Mobiliar mit Sodawasser und Seife gründlich reinigen und die von den Leuten benutzten Matratzen und Wolldecken durch den zuständigen amtlichen Desinfektor desinfizieren zu lassen. Das Bettstroh der Leute ist zu verbrennen. Diese Maßnahmen sind im gesundheitspolizeilichen Interesse zur erfolgreichen Bekämpfung der alljährlich unter den ausländischen Saisonarbeitern zahlreich aufgetretenen ansteckenden Krankheiten — wie Krätze, Körner-



Krankheit der Augen pp. — durchaus notwendig.“ — Also wie die Ställe von verendetem Vieh müssen die verlassenen Behausungen der Saisonarbeiter ausgeräumt werden. Dabei handelt es sich um eine durchaus berechtigte Maßnahme. Von der Kultur, die in dem Gesilden der preussischen Junker herrscht, gibt die Anordnung indes ein sehr anschauliches Bild.

### Die Opposition der Christen gegen die Scharjunker.

Auffallend radikale Töne, wie sie seit langen Jahren in der katholischen Presse nicht gehört wurden, schlägt die liberale „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ in ihrer jüngsten Nummer an. Sie schreibt:

„Zwar behauptete man bei der Großindustrie, den Mittelstandstreifen und den Agrariern, der Kampf gelte der Sozialdemokratie, aber unsere industriellen und agrarischen Scharjunker bezeichnen jede Arbeiterbewegung, die bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen anstrebt, als sozialistisch. Wer ihnen an die Geldbörse geht, wird als Sozialist und Staatsfeind gebrandmarkt.“

Dann heißt es weiter:

„Es ist in den nächsten Jahren mit einer Verschärfung der sozialen und politischen Kämpfe zu rechnen. Die christlich organisierte Arbeiterschaft wird auch in Zukunft bei der Vertretung ihrer Interessen die gemeinsamen Volksinteressen im Auge behalten. Für die nächste Zukunft wird man der Ansicht sein, daß das Volksinteresse dann am besten gewahrt wird, wenn die Arbeiterschaft ihre Interessen entschieden betont und mit allen erlaubten Mitteln energisch durchzusetzen versucht.“

Es ist im Augenblick nicht erkennbar, welche Taktik sich hinter diesen kräftigen Worten verbirgt. Jedenfalls muß dieses Bekenntnis zum verstärkten Klassenkampf festgenommen werden, das all die früheren schönen Kampfsarten von der allgemeinen Harmonie unter dem Banner der Kirche verleugnet.

### Auch eine Folge der Vorgänge in Zabern.

Eine politische Korrespondenz meldet: Um die Beschwerte- und Disziplinar-Strafordnung für das Heer miteinander völlig in Einklang zu bringen und jede falsche Auslegung zu verhindern, soll der 2. Absatz des § 53 der Disziplinar-Strafordnung nachfolgende Fassung erhalten: „Sind Beschwerden als unbegründet zurückzuweisen, so wird, soweit nicht § 152 des Militär-Strafgesetzbuches (handelt über leichtfertige und auf falsche Behauptungen gestützte Beschwerden) Anwendung findet, im Einzelfalle zu erwägen sein, ob die Aufrechterhaltung der Disziplin ein Einschreiten gegen den Beschwerdeführer erfordert. Eine unrichtige dienstliche Anschauung ist an sich nicht strafbar.“

### Wieder ein Zwischenfall in den Reichslanden.

Wie dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ aus Saarburg in Lothringen mitgeteilt wird, hat dort am Sonntagabend ein angegriffener Veterinär eine Zivilperson durch den Gebrauch eines verbotenen Schimpfwortes und eine andere Person durch einen Schlag mit der Hand beleidigt. Der Veterinär ist wegen Trunkenheit außer Dienst schwer bestraft worden, auch ist sofort wegen groben Disziplinarvergehens bzw. wegen Beleidigung die gerichtliche Untersuchung gegen ihn eingeleitet worden.

Worin die sofortige „schwere Bestrafung“ bestand, erzählt man in diesem neuesten Falle genau so wenig wie in dem Zaberner Fall und doch könnte nur eine öffentliche Auskunft über die Art der Strafe die Möglichkeit bieten, zu ermessen, ob wirklich von einer schweren Bestrafung die Rede sein kann.

### Zabern — Schluß!

Unter dieser Spitzmarke teilt der „Deutsche Courrier“ mit, daß der Fall Zabern, soweit die offiziellen Stellen in Frage kommen, im Reichstage nicht mehr zur Erörterung gelangen werde. Von „zuverlässiger Seite“ hört das Blatt, daß der Reichstanzler am Dienstag lediglich über die auswärtige Lage sprechen und auf Zabern nur zurückkommen wird, falls es in der Besprechung erforderlich werden sollte.

Letzteres wird tatsächlich eintreten, denn wenn der Reichstanzler es nicht der Mühe wert halten sollte, über die Resultate seiner Reise nach Donaueschingen Auskunft zu geben, dann wird er darauf eindringlich danach gefragt werden, daß er sich vor einer Antwort nicht drücken kann. Ob also die Debatte über Zabern weiter gesponnen wird oder nicht, das hängt zum Glück nicht von den Wünschen und Abzichten der Regierung ab.

### Was wird mit dem Leutnant v. Forstner?

Nach der „Oberbayerischen Volksstimme“ ist der traurige Held der Zaberner Vorgänge, Leutnant v. Forstner, nach Gleichwohl verurteilt worden. Demgegenüber wird dem „Berliner Tageblatt“ aus Straßburg gemeldet, daß der Leutnant und auch der Oberst v. Reutter vom Dienste suspendiert sind, bis das gegen sie schwebende Verfahren seinen Abschluß gefunden hat. Als sicher wird es bezeichnet, daß das 99. Infanterie-Regiment nicht mehr nach Zabern zurückkehrt, vielmehr durch das sächsische Infanterie-Regiment Nr. 165 ersetzt werden soll.

### Die Anklage gegen die Zaberner Rekruten.

Die in Untersuchungshaft sitzenden Rekruten werden neben der Zuwiderhandlung gegen einen dienstlichen Befehl auch noch des militärischen Auftrages bezichtigt. Rekrutäre Blätter teilen weiter mit: „Zuverlässigsten Feststellungen zufolge waren die schändlichen Rekruten vor ihrer Einlieferung organisierte Mitglieder der sozialdemokratischen Gewerkschaften.“

Bei jetzt nicht mehr, dann ist man bei der Behauptung angelangt, daß an den Vorkommnissen in Zabern eigentlich die Sozialdemokratie schuld ist!

### Protektion gegen den Deutschen Kriegerbund.

Um die Kriegervereine leistungsfähiger zu machen, ist bei der Breslauer Tagung des Deutschen Kriegerbundes die Erhöhung der Beiträge beschlossen worden. Als Protest gegen diese Beitragserhöhung hat der Oberbayerische Kriegerbund beschlossen, mit seinen 20 000 Mitgliedern aus dem Deutschen Kriegerbund auszutreten.

### Landesverratsprozeß in Sicht?

Die Staatsanwälte in Westfalen bemühen sich, Material gegen die Polen zusammenzubringen, die bekanntlich vor einiger Zeit einen Polentag in dem holländischen Grenzstädtchen Winterswijk abgehalten haben. Der staatsanwaltschaftliche Eifer richtet sich in der Hauptsache gegen den ausführenden Ausschuß des Polentages, dessen Mitgliedern man wegen Landesverrat den Prozeß machen möchte.

### Aus Ostpreußen.

Dieser Tage teilten wir mit, daß nach einem Bericht der „Insterburger Allgemeinen Zeitung“ ein Gemeindevorsteher, wie er sagte, auf Veranlassung des Landrats vom Postboten und Postagenten seines Ortes die Abonnenten der Blätter zu wissen verlangte. Demgegenüber erklärt nun Landrat Overweg in Insterburg, daß weder von ihm, noch von seinem Bureau jemals ein derartiger Auftrag an einen Gemeindevorsteher ergangen ist. Die „Insterburger Allgemeine Zeitung“ teilt jetzt mit, Landrat Overweg sei an dem Gesellschaftsvertrag des „Ostpreussischen Tageblattes“ mit 15 000 Mk. beteiligt. Die „Insterburger Allgemeine Zeitung“ fordert auf Grund der von ihm angegebenen Tatsachen von den Behörden, daß sie sofort die eingehendste Disziplinaruntersuchung einleiten, bevor eine Verdunkelung des Tatbestandes möglich ist.

### Landtagswahl in Württemberg.

Bei der Erstwahl in Tuttlingen erhielt Stengel (Volkspartei) 2499, Schwab (Soz.) 2216, Haselmaier (Zentr.) 1282, Schott (Konf.) 358 Stimmen. Die Stimmen der Konservativen haben etwas zugenommen, die Sozialdemokratie verlor 128 und der Fortschrittler 10 Stimmen. Es ist ein zweiter Wahlgang notwendig.

### Frankreich.

Das neue Ministerium. Das Ministerium ist endgültig gebildet wie folgt: Borisi und Auzeres: Doumergue, Justiz, Bienvenu Martin, Inneres: Renoult, Finanzen: Caillaux, Krieg: Rouleus, Marine: Monis, Unterricht und Schöne Künste: Viviani, Handel, sowie Post- und Telegraphen: Malvy, Öffentliche Arbeiten: Fernand David, Ackerbauministerium: Raymond, Kolonien: Lebrun, Arbeit und soziale Fürsorge: Petin. Zu Unterstaatssekretären wurden ernannt für das Innere: Raoul Peret, Krieg: Maginet, Handelsmarine: Ajam. Das Unterstaatssekretariat im Finanzministerium wird abgeschafft, das der Schönen Künste soll heute besetzt werden, wahrscheinlich mit Abel Ferry oder Jacquier.

### Holland.

Die Staatsdebatten im Parlament. Die erste Woche der Staatsberatungen in der Zweiten holländischen Kammer sind vorüber. Sie haben bei den bürgerlichen Parteien noch nicht viel mehr gebracht, als die kleinsten Kackhalgereien um die mehr oder weniger schönen Mittel, die in der Wahlkampagne benutzt worden sind. Den Gipfelpunkt erreichten die Debatten durch die wirkungsvolle, mehr als fünfstündige Rede unseres Genossen Troelsstra. Er setzte u. a. die Gründe auseinander, weshalb die Sozialisten sich geweigert haben, in ein Kabinett mit bürgerlicher Mehrheit einzutreten. Der Redner legte hierbei eingehend den Klassencharakter der sozialistischen Politik im Gegensatz zu der Politik der bürgerlichen Parteien dar. Er teilte u. a. mit, die Abweisung der Ministerportefeuillen sei von einer ganzen Reihe ausländischer Parteigenossen gutgeheißen worden, und zwar nicht nur von den deutschen Genossen Kautsky, Scheidemann, Haase usw., sondern auch von dem Dänen Stanning, von den Belgiern Vandervelde, Anseele und Bertrand, von dem Engländer Ramsay MacDonald, also auch von Parteigenossen, die gemeinhin der reformistischen Richtung zugezählt werden. Die Rede schloß mit einer ausdrücklichen Warnung an das Kabinett, das Zustandekommen der Reformen, auf die es sich verpflichtet hat, insbesondere die Reform des allgemeinen Wahlrechts nicht in Gefahr zu bringen durch das Aufwerfen der Streitfrage über den Militarismus, dessen Förderung unvereinbar sei mit seinem Versuch, sich auf die demokratischen Strömungen im Volke zu stützen.

### Bulgarien.

Wahlen. Bei den jüngst vorgenommenen Wahlen zur Sobranje (Kammer) wurden nach den bis jetzt vorliegenden Resultaten 21 Sozialdemokraten, 51 Oppositionelle und 38 Regierungskandidaten gewählt. Die Resultate aus Südbulgarien stehen noch aus.

### Finnland.

Die Plünderung der finnländischen Staatskasse. Es ist schon an zahlreichen Beispielen gezeigt worden, wie die durch jahrzehntelange vernünftige Finanzwirtschaft wohlgefüllte finnländische Staatskasse von den russischen Raubhähnen zu ihrem eigenen und ihrer Günstlinge Vorteil ausgebeutet wird. Ein neuer Fall beleuchtet dieses Vorgehen wieder in bezeichnender Weise. Ein jüngst zum Mitglied des obersten Gerichtshofes, des Justizdepartements des finnländischen Senats, ernannter Beamter, der zudem jeglicher gerichtlichen Kompetenz ermangelte, hat sich dabei ein Gehalt ausbedungen, das dasjenige seiner Kollegen um ein Drittel übersteigt. Während diese ein Jahresgehalt von 20 000 Mark beziehen, erhält jener Herr 28 000 Mark im Jahr — für eine Arbeit, die er zum größten Teil überhaupt nicht in der Lage ist, zu leisten, da er die Sprache, in der die Mehrzahl der Gerichtsakten abgefaßt ist, gar nicht kennt. Ebenso bezieht ein Herr Borowitinow, der weder von der Sprache, noch von den Gesetzen und Verhältnissen Finnlands die geringste Ahnung hat, als Vizepräsident des Verwaltungsdepartements des finnländischen Senats ein Kiefigehalt von ca. 30 000 Mark. Folgende Zahlen mögen als weitere Beispiele für den Appetit der gegenwärtigen russischen Finanzspezialisten dienen. Im Verlauf der letzten zehn Jahre sind aus der finnländischen Staatskasse etwa 115 000 000 Mark in Gold als Militärkontribution an den russischen Fiskus abgeführt worden. Für den Geldumlauf in einem kapitalarmen Lande keine Kleinigkeit! Die Gebäude und Grundstücke

des aufgelösten finnländischen Militärs hat die russische Militärverwaltung ohne weiteres in ihren Besitz genommen, ohne dafür irgend eine Entschädigung zu zahlen. Als das finnländische Lotsenamt dem russischen Marineministerium einverleibt wurde, nahm der russische Fiskus das gesamte bewegliche Eigentum jener Behörde, das einen Wert von mindestens 8 000 000 Mark repräsentierte, ohne Entschädigung zu gewähren, in seinen Besitz. Außerdem muß aber die finnländische Staatskasse die Gehälter der Beamten des nunmehr russischen Lotsenamtes mit 2 400 000 Mark jährlich aufkommen. Für russischen Schulen in Finnland werden 468 000 Mark jährlich aus finnländischen Staatsgeldern gezahlt. Außerdem wurden 1 000 000 für russische Schulgebäude bewilligt. Die russische Bevölkerung in Finnland betrug kaum 10 000 Personen. Für deren Schulen zahlt a Finnland dreimal mehr als für den Unterricht seiner eigenen Bürger, deren Zahl etwas über drei Millionen beträgt. Die Beamtengehälter sind überall da, wo die Russen in die Verwaltung eindringen, ungeheuer erhöht worden. Der Etat der Kanzlei des Generalgouverneurs für deren Unterhalt in normalen Zeiten 120 000 Mark genügt, verschlingt jetzt 678 000 Mark. In greifbarem Gegensatz zu dieser Freigebigkeit, wo es die eigenen Taschen gilt, steht die Knauferigkeit, sobald es sich um die Entwicklung des Landes nützliche Kulturzwecke handelt. Die vom Landtag votierten Anweisungen zur Volksaufklärung, für Sanitätszwecke und Hygiene werden in der Regel empfindlich gekürzt oder ganz und ganz gestrichen und zwar immer mit dem Hinweis darauf, daß die Staatsfinanzen diese Ausgabe nicht gestatten. Indessen weist das Staatsbudget jährlich Ueberschüsse auf; diese werden jedoch zur Erhöhung von Beamtengehältern verwandt oder auch zur Verfügung der Verwaltung zurückgestellt, um weitere Russifizierungs- und Unterdrückungsmaßregeln zu bestreiten.

## Für die Rechte des Volkes! Gegen die Militärdiktatur!

Unter dieser Parole eilten gestern Abend Tausende über den Arbeiter nach dem Gewerkschaftshaus in der Hannisstraße, um eine deutliche Antwort zu geben auf den standeshaften Vorgänge in Zabern und das unerhörte provokatorische Auftreten des Reichstanzlers und Reichstanzlers des deutschen Reichstages. Der große Saal und die Gallerien waren dicht besetzt. Sogar auf der Bühne hat Besucher der Versammlung Platz genommen. Viele Hunderte mußten sich mit einem Stehplatz begnügen. Vom Bürger war nicht viel zu bemerken. Vielleicht ist die Flamme der Entrüstung, die auch in jenen Kreisen einen Augenblick emporloderte, schon wieder erloschen, und man hütet sich, „oben“ noch weiter Anstoß zu erregen. In der Arbeiterch hingegen herrscht Kampfesmut und Kampfes Stimmung.

Der Vorsitzende, Genosse Löwig, eröffnete kurz um 9 Uhr die Massenversammlung und erteilte unserem Redaktionsabgeordneten, Genossen Theodor Schwarz, das Wort zu seinem Referat, indem er etwa folgendes ausführte:

„Quo vadis? Wohin gehst Du? Diese Frage muß heute an den Reichstanzler Bethmann-Hollweg richten, wo es handelt sich bei den zur Erörterung stehenden Vorfragen weniger um den provozierenden Kriegsminister, weniger um den schokoladenähnlichen Leutnant, sondern um die Frage, ob in Deutschland die Militärgewalt die Zivilgewalt einfach beiseite schieben kann. Also um eine reine Befreiungsfrage handelt es sich. Redner besprach dann die Vorgänge vom November 1908, wo die Entrüstungskürme über das persönliche Regiment bis in die Reihen der Rechten eindringen, die den Sturz Bülow's vorbereiten wollten. Der Reichstanzler hatte damals auch sehr hohe Töne angeschlagen im Winde verpufften. Einige Jahre sind vergangen. U. a. jetzt im Jubiläumsjahr 1913 in dem der Begeisterungsrausch fast gar nicht verflüchtigte — jetzt zeigt sich die ganze Fähigkeit der Reichsregierung. Die Ursache liegt darin, daß im Elsaß die Militärbehörde die Zivilbehörde einfach beiseite geschoben hat. Im Elsaß hat man sich zunächst nicht allzu sehr über die Vorgänge in Zabern aufgeregt. Die früheren Vorgänge waren mehr und mehr ausgeglichen. Zabern war der deutscheste Kreis der Reichslande. Aber trotzdem nahmen die Dinge ihren weiteren Lauf und verschärften die Sache. Man sieht sich an den Kopf, wenn man daran denkt, daß dies geschah, nachdem in Deutschland die größte Secresvorlage aller Zeiten bewilligt worden war. Dem Wehrverein genügte sie allerdings nicht. Diese Heizer wollen immer mehr Soldaten, um auch gelegentlich in den Wirtschaftskämpfen gegen die Arbeiter zu verwenden. (Lebhafte Zurufe: Sehr richtig!) Diese Leute haben die Reichsregierung kapituliert! (Pfeife!) Morgen werden ja die Dinge im Reichstag weiter ihren Lauf nehmen. Es wird sich zeigen, ob der Reichstanzler um Verzeihung bittet, oder ob er in der schroffen Weise weiter verfährt. Jedenfalls hat das Volk das größte Interesse an den kommenden Verhandlungen des Reichstages. Es ist möglich, daß die bürgerlichen Parteien Angst vor ihrer eigenen Courage bekommen. Es ist aber auch möglich, daß die stürmischen Tage der letzten Woche wiederkehren. Redner gab dann einige historische Details über Zabern, dessen Boden schon im Bauernkrieg wahre Blutströme getrunken hat. Er besprach sich dann des Näheren mit den Personen, die die Militärgewalt verhängen, mit dem Obersten Reutter, dem kleinen Schokoladenleutnant Forstner und dem Berichterstatter des Heeresvolkes, General Deimling. Deimling erschien 1906, als er die Südwestsafrika-Kredite verteidigen sollte, mit dem Schwanz umgürtet, im Reichstage und brüstierte das Parlament. Dieser Deimling ist nun als Generalkommandeur nach Straßburg verlegt worden. Anstatt die Provokationen von Reutter und Forstner in Zabern aber zu mißbilligen, hat er sie noch bekräftigt. Genosse Schwarz schilderte dann in außerordentlich drastischer Weise die Vorgänge in der Kaiserrie und gab eine Definition über das Wort „Wades“. Die Ausrückung Forstners hätten unbedingt scharfe Sühne verdient. Die unüberlegten Worte eines blühenden Leutnants — insbesondere die Beleidigung der französischen Fahne — hätten die schlimmste Befürchtung laßen. Es wäre Deimlings Aufgabe gewesen, den Forstner zu entfernen und zu bestrafen. Die Tölpel aber ist, daß dafür die elässischen Soldaten, die a „Wades“ beschimpft wurden, nun extra noch bestraft werden sollen. (Lebhafte Pfeife!) Darüber sollte sich das ganze deutsche Volk empören. Es kann nicht weggeleitet werden, das Prämen auf getötelte Elässer ausgeleitet werden. (Unhaltende Entrüstung.) Die Zurufe auf der Straße, die Forstner beleidigen sollen, sind von 8-10jährigen Schulknaben ausgegangen, wie das anderswo auch vorkommt. Forstner hat auch gewußt, daß das Wort „Wades“ laut Regimentsbefehl verboten ist. Es mutet an, als ob man in einem Volk ist, wenn man hört, daß 45 000 scharfe Patronen an die



einer friedlichen Stadt patrouillierenden Soldaten ausgeteilt wurden. Kriegsberichterstatter und Filmfabrikanten sind aus aller Herren Länder nach dem idyllischen Vogesenort geeilt. Und wer zum erstenmal den Ort besuchte, flog in den Pandurenkeller. Das ist jener Richter und Staatsanwalt passiert. Das greift an Anarchie. Das ist der Belagerungsstand, obwohl er gar nicht erklärt war. Und der Reichskanzler verlor, als sich die Zivilbehörden an ihn wandten. Er mußte erst Informationen aus Donaueschingen holen, wo Wilhelm II. der Fuchsjagd oblag. Nach kurzer Schilderung der Besprechungen der Interpellationen im Reichstage, protestierte Genosse Schwarz dagegen, daß der Reichskanzler der "hegemonialen Presse" die Aufhebung der Vorkommission zuzuschreiben. Er fuhr fort: "Und als der Kriegsminister mit dem Säbel rasselte, da wurde die Zahl derer, die dem Mißtrauensvotum zustimmen noch erheblich größer. Fast einstimmig sprach sich der Reichstag gegen ihn aus. In einem anderen wirklich konstitutionellen Staate wäre Bethmann-Hollweg nicht mehr Minister. Aber wenn der Reichstag mehr Gewicht auf seine Bedeutung legen wollte, so hätte er sich vertragen müssen, bis die Vorgänge geklärt wurden. So ist es auch im französischen und englischen Parlament. Die Arbeitslosenversicherungsschritte hat sicher nur darunter gelitten."

Was kam nun in Donaueschingen? In dreiviertelstündiger Unterredung wurde die Geschichte abgetan. S. M. wird Bethmann Vorwürfe wegen seiner Haltung gemacht und sich das Weitere vorbehalten haben. (Große Heiterkeit.) Nun sind die 99er von Zabern nach den Übungsplätzen Bittich und Hagenau verlegt worden. Man hat also erst recht die Stadt — die wirtschaftlich von den Truppen lebte — bestraft, indem man ihr den Brotkorb höher hängt, und dann die Soldaten, indem man sie in der Winterkälte in ungenügend geheizte Baracken proßt. Reuter und Forstner hätten bestraft werden müssen, nicht aber die Unschuldigen. Auch dagegen wird und muß der Reichstag Front machen. Er würde sich diskreditieren, wenn er die "Indisponiertheit" und "Vergeßlichkeit", die Wahnschaffe der Öffentlichkeit suggerieren will, nachsehen will. Hier hilft kein Mundstutzen; hier muß gepöbeln werden. Das Mißtrauensvotum war voll und ganz berechtigt. Und der 4. Dezember war einer der stolzen Tage, die der Reichstag in seiner ganzen Geschichte zu verzeichnen hat. Der 4. Dezember verpflichtet sozusagen die bürgerlichen Parteien. Es wäre eine Blamage vor aller Welt, wenn das nur ein Strohhalm gewesen sein soll. Von "Zugeständnissen" kann keine Rede sein. Es sind keine. Und deshalb ist jedes Mittel recht und muß angewendet werden, um Bethmann zur Abtunung zu zwingen. Das ist der Reichstag seiner Würde und Ehre schuldig. Aber, aber — in den Sternen steht es geschrieben, ob die bürgerlichen Parteien soviel Mut aufbringen, standhaft zu bleiben. (Stürmischer Beifall.) Redner ersuchte um Annahme folgender Resolution:

Die heute am 8. Dezember 1913 im "Gewerkschaftshaus", Johannisstraße 50-52, tagende Volksversammlung erklärt:

Die Vorgänge in Elsaß-Lothringen bringen aufs neue den Beweis der Kulturfremdschaft des Militarismus. In der beispiellosen Verhöhnung von Gesetz und Recht, die sich die Soldateska gestattete, und die Kanzler und Kriegsminister nicht zurückließen, sondern sogar zu verteidigen wagten, zeigt sich die ungeheure Gefahr, die wie den Weltfrieden, so auch für das innere Leben eines Volkes der Militarismus in sich schließt.

Der Absolutismus, der trotz Befassung und Parlament noch immer in Deutschland ausschlaggebend ist, steht in engem Zusammenhang mit dem volksfeindlichen Militarismus, geht aus ihm seine Kraft, wie er ihn wiederum stützt. In Erwägung dessen fordert die Versammlung alle Mitbürger auf, sich zusammenzuschließen zum Kampf gegen Militarismus und Autokratie und alle zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, der offenen und verschleierten Säbelherrschaft ein Ende zu machen.

Um das Uebel an der Wurzel zu packen, ist nötig die Verfassung aller weiteren Aufwendungen für das Heer in seiner bisherigen Form und die Agitation für Durchführung des sozialdemokratischen Programmes.

Aufhebung des stehenden Heeres und dessen Ersetzung durch eine Volkswehr.

Um daran mitzuarbeiten, empfiehlt die Versammlung den Beitritt zu der sozialdemokratischen Partei.

Hierauf forderte der Vorsitzende zunächst etwa anwesende Gegner auf, sich zum Wort zu melden. Niemand meldete sich. Es sprach dann Genosse Mehrlein, der auf die verschiedenen Kaiserreden einging, die den Militarismus verherrlichen und erinnerte besonders an den Ausruf vom "vornachsten Koll" und daß — sobald der Kaiser es befehle — die Soldaten auf Vater, Mutter und Geschwister schießen müßten. (Witzrufe.) Das sei der Kadavergehorsam, der kennzeichnend sei für das ganze militaristische System, das von einem Schuster Boigt alias Hauptmann von Köpenick so glänzend karikiert worden ist. Dieser Kadavergehorsam komme auch in den gemeinen Soldatenmißhandlungen zum Ausdruck, bei denen es vorgekommen sei, daß die Vaterlandsverteidiger ihre schmutzigen Strümpfe hätte auszuwaschen und ihren eigenen Dr. hätten fressen müssen. Bezeichnend sei es ferner, daß der Junfer Oldenburg mit einem Leutnant und 10 Mann den Deutschen Reichstag auseinander jagen wollte. Redner kritisierte dann den barbarischen Strafvolkzug beim Militär, ein System, das die Entrüstung des Volkes im vollen Maße verdiene. Greife es doch bis hinein ins bürgerliche Leben. Der Militärhohenzollern von Gattwirtschaften ist ein Skandal, ein Faustschlag ins Gesicht der deutschen Steuerzahler, die die Mittel für Leute aufbringen müssen, durch die sie geschädigt werden. Das neueste ist, daß der Forstner nach Gleiwitz verlegt worden sei. Armes Oberjoch! Arme Polakow! (Gr. Heiterkeit.) Die Vorgänge seien ein neuer Ansporn, die heutige Heeresorganisation zu verworfen und dafür die Miliz, das Volkstheer, einzuführen. (Lebhafter Beifall.) Hierauf sprach Genosse Bromme. Aus allem, was zur Entschärfung des selbstherrlichen Säbelregiments und der brutalen Offiziersausbreitungen vorgebracht worden sei, habe als letztes Rettungsmittel die Devise geklungen: "Der Offizier dürfe sich nicht beschimpfen lassen." Der Kriegsminister Falkenhayn habe das Militäraufgebot noch für besser erklärt, als abzuwarten, bis der Leutnant einem der frechen Beliediger seinen Säbel durch den Leib ramme. Diese Worte dürfen nicht wieder vergessen werden. Das sei der Geist des Prinzen Ardenberg, der seinen schwarzen Buzzen erschöpfte und dann mit dem Stock in dem bloßgelegten Gehirn herumwühlte. (Witzrufe.) Das sei der Geist des Hüfener, des Rüd., des Absolutismus und der Militärdiktatur, der das Quell als Ehrenleckenreinigungsmittel benutzt, ein Ueberbleibsel aus der Roheitsperiode der Menschheit. Das Volk dürfe eine besondere Offizierslehre nicht dulden. Die beschimpften eckeligen Rekruten hätten nach der Verfassung das gute Recht, solche Dinge der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen. Der Kopf des Offiziers sei ebenso wie der Kopf des Soldaten von den Großen der Steuerzahler bezahlt worden. Es komme nicht auf den Kopf, sondern auf den Mann an. Nicht nur der Adel, sondern auch das Volk habe eine Ehre im Leibe. Und auch der Reichstag habe eine Ehre. Er müsse die Konsequenzen ziehen. Zabern müsse der Partei und sei es seiner Ehre schuldig, bis Neujahr der Partei ein neues Mitglied, dem "Volks-

boten" einen neuen Akzenten zu gewinnen. Den bürgerlichen Journalisten und verwandten Genossinnen, die bereits aus Angst vor ihrer eignen Courage wieder ins Wanken geraten, aber rufen wir das Dichterwort zu: Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr alles freudig setzt an ihre Ehre! (Lebh. Beifall.)

Genosse Paret sprach noch im Sinne des Referenten und schloß in bewegten Worten die Not der Arbeitslosen und insbesondere ihrer Kinder, die in dieser traurigen Zeit oft hungrig zur Schule gehen müßten. Genosse Löwig richtete im Schlußwort einen kräftigen Appell an die Versammlung, die Wünsche der Redner zu beherzigen und schloß die imposante Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 9. Dezember.

Verjährungen. Am 31. Dezember 1913 verjähren alle Forderungen an Geschäftsleute aus dem Jahre 1911, soweit darauf in der Zwischenzeit keine Zahlungen erfolgt sind, oder Schuldscheine, Schuldanerkennnisse oder Urteile vorhanden sind. Der einfachste und billigste Schutz gegen Verjährung ist heutzutage der Zahlungsbefehl, der durch die Zivilprozessnovelle eine Vereinfachung und gleichzeitige Vereinfachung erfahren hat. Die Mahnung durch eingeschriebenen Brief unterbricht die Verjährung nicht.

Wieder ein tödlicher Unglücksfall auf dem Hochofenwerk. Ein hiesiges Blatt berichtet, daß der in Schlutup wohnhafte Arbeiter Kros auf dem Hochofenwerk durch Einatmen giftiger Gase am Sonntagabend tödlich verunglückt ist. Innerhalb vier Tagen sei das der vierte tödliche Unglücksfall auf dem Werk. Zwei junge Männer und zwei Frauen sind das Opfer dieser kapitalistischen Hölle in den letzten Tagen geworden. Angesichts dieser sich häufenden schweren Unglücksfälle ist die Frage wohl am Platze: Ist auf dem Hochofenwerk wirklich in der geeigneten Weise für Arbeiterschutz gesorgt?

h. Schöffengericht am 9. Dezember. Eine Fahrt nach Hamburg, seiner Geburtsstadt, unternahm der 15jährige Lütjehausen. Bei dieser Sprittour, die eigens zu dem Zwecke unternommen war, um die Stadt zu besichtigen, vergriff sich der junge Mensch leider im Reizgeßel, das er aus fremdem Gute zusammenfasserte. Er war in einer Brotfabrik angestellt und verduftete mit etwa 35 Mark. Die Firma selbst hatte nur 21 Mark herausgerechnet. 14 Tage Gefängnis abzüglich 5 Tage Untersuchungshaft soll das erste Warnungsmittel für diese Unterschlagung bilden. — Die Herkennung des jürlischen Hoftheaters und die Renovierung des Rathhauses in Detmold sind zweifellos weltbewegende Begebenheiten — so denken wenigstens die kleinstaatlichen Würdenträger bis zum Minister hinauf. Leider hapert es in diesen rüchrichtlich regierten Ländern am Notwendigsten, dem Geld, und da ihnen verboten ist, solches nach Lust zu prägen, weil es der große Bruder Preußen besser versteht, versuchen es die Herrschaften durch den alten Trick. Sie appellieren an den Spieltrieb des Volkes, geben ihm gegen harte Talersstücke wertlose Papierfetzen mit verlockendem Zahlenspruch in die Hand und erreichen so auf allgemeine Regimentsunkosten ein schändliches Hoftheater und ein ansprechenderes Rathaus. Das Geschäft ist gemacht. Die Hereinfallenden sind in zweiter Linie solche Leute, die aus den Schmerzen des Kleinstaatens noch einmal Geld ziehen wollen — die Losverkäufer in Bundesstaaten, in denen diese Lotterieverbote verboten ist. Ein hiesiger Gelegenheitshändler ließ sich aus Berlin 15 Lose besagter Lotterie schicken und bot sie wieder auswärts, nach Westfalen und Schlesien für 3 Mark an, der Einkauf betrug 2,80 Mark per Stück. Er glaubte, daß von Lübeck aus die Lose nach jenen Bundesgebieten verschickt werden dürften, in denen sie freigegeben sind. Das war ein Rechtsirrtum, der den Angeklagten nicht vor Strafe schützt, aber bewirkt, daß die Mindeststrafe festgesetzt wurde. Diese macht zusammen für die vom Gericht angenommenen fünf Fälle 500 Mark oder 100 Tage Gefängnis. Da es sich um einen wenig Begüterten handelt, deutete der Staatsanwaltsvertreter auf die Gnade des Senats hin. — Zusammenstoß der Elektrischen. Der Hilfswagenführer L. hatte bei seiner ersten Fahrt nach Stralsdorf das Pech, auf einen haltenden Motowagen aufzufahren. Bei diesem Zusammenstoß erlitt ein Fahrgast einen Rippenbruch, der ihn mehrere Wochen ans Bett fesselte. Dem Angeklagten konnte keine Fahrlässigkeit nachgewiesen werden. Er wurde freigesprochen. — Das gestörte Frühstück. Bei dem Arbeiter W. hämmerte vor einiger Zeit ein kräftiger Schuhmannstüchel an die Stubentür, als dieser seinen Morgenkaffee schlürfte und darüber nachdachte, welchen Paletot er heute spazieren tragen sollte. Dem tiefen Nachsinnen wurde der junge Mann bald entzogen. Er mußte den "neuen" Ueberzieher von der Stuhllehne nehmen und mit dem Schuhmann zur Wache gehen; wo sich herausstellte, daß W. den Ueberzieher in der verflochtenen Nacht vom Kleiderhaken irgend einer Wirtin abgehängt hatte, über den Arm legte und damit hinausmarschierte, obwohl er gar keinen Ueberzieher bei sich trug. Er entschuldigt sich mit sinnloser Trunkenheit. Eine solche war nicht vorhanden, wohl aber besteht der Verdacht, daß verschiedene junge Menschen zusammenarbeiteten, um ihre Monturen zu erneuern. Ein Komplize sitzt wegen Anzugsdiebstahls in Untersuchungshaft. Der Angeklagte wurde zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Vom Theaterbesuch. Das Stadttheater wurde im Monat November 1913 an 29 Abenden von 18 353 zahlenden Personen besucht, also durchschnittlich von 633 gegen 592 im Monat November 1912. Der größte Besuch war am 5. November mit 1024 Personen („Korallenfettlin"), der kleinste Besuch am 17. November mit 174 Personen („Die Hochzeit der Sobide"); an 6 Nachmittags-Vorstellungen von 3350 Personen, also durchschnittlich von 558 Personen gegen 915 an 4 Nachmittags-Vorstellungen im Monat November 1912.

Vogelstuhlsammlung im Naturhistorischen Museum. Der nahe Winter bringt unsere besiedelten Freunde in schwere Gefahr. Die Zweige und Ästen, die den Insektenfressern in ihren Nischen noch Nahrung bieten, sind mit Eis bedeckt, der Schnee verhüllt Boden und Pflanzen und verhindert die hungernden Vögel, ihre Nahrung zu finden. Wenn wir jetzt nicht helfen, ist große Not. Aber nicht nur aus idealen, sondern aus rein Nützlichkeitsgründen empfiehlt es sich für uns, die Vögel zu schützen und zu hegen. Ist doch Vogelstuhls der beste Pflanzenstuhls. Jeder Weisenkann, der jetzt im Obstgarten aufgehängt wird, ist eine gute Kapitalanlage. Jetzt gewöhnen sich die Tiere an das Nachtquartier und bleiben der neuen Heimat treu. In einer kleinen Ausstellung im Naturhistorischen Museum, die vom 11. bis zum 16. Dezember aufgestellt ist, sind die verschiedenen Fütterungsmethoden und die Nisthilfen zusammengestellt. In ausgestopften Exemplaren werden die Vogelarten vorgeführt, die wir an der Winterfütterung erwarten können und die unseres besonderen Schutzes bedürfen. Eine Reihe von Büchern, Veröffentlichungen des Bundes für Vogelstuhls usw. vervollständigen die Sammlung.

ph. Diebstähle. In der Nacht vom 8. auf den 9. d. M. ist aus dem Schulneubau am Falkenplatz eine Kasse Bleirohr in der Stärke von 30/42 und im Gewichte von 140 Pfund gestohlen worden. — In der Nacht vom 2. zum 3. d. M. ist die Einfriedigung eines an der Ecke der Hohenzollern- und Moltkestraße belegenen Bauplatzes, bestehend aus 8 etwa 1 1/2 Meter langen und etwa 12 Quadratmeter starken Holzpfählen und etwa 30 Meter Eisenband gestohlen worden.

ph. Unjug. In der Nacht vom 5. zum 6. d. M. ist von der Einfriedigung eines an der Lindenstraße belegenen Hauses eine eiserne Borste abhanden gekommen und vermutlich von Unjug treibenden Personen verschleppt worden.

ph. Verhafteter Betrüger. Ermittelt und festgenommen wurde ein hiesiger jugendlicher Arbeiter wegen versuchten Betruges. Unter der Vorpiegelung, er komme im Auftrage seines Arbeitgebers, versuchte er in den Besitz von unbenutzten Heizkörpern in einer hiesigen Bäckerei zu gelangen.

ph. Verhaftete Leister. Vom Hofe eines an der Untertreibe gelegenen Grundstücks sind in den letzten Tagen eine etwa 9 Meter lange und eine etwa 4 1/2 Meter lange Leister abhanden gekommen. Ausgeschlossen ist nicht, daß sich jemand die Leister ohne Erlaubnis genommen hat, um sie zu benutzen und sie dann irgendwo stehen ließ.

Fürstentum Lübeck. Die Wahlen zur Ortskrankenkasse für das Fürstentum Lübeck brauchen aus dem Grunde nicht stattzufinden, weil die von dem Gewerkschaftskartell aufgestellten Kandidaten als gewählt erklärt werden mußten, da die Gegner nicht einmal eine Gegenliste zustande bringen konnten.

Fürstentum Lübeck. Eine Konferenz der Gewerkschaftskartelle der Provinz Schleswig-Holstein und des Fürstentums Lübeck tagte am Sonntag in Neumünster, um zu folgenden Punkten Stellung zu nehmen: Änderung des Bezirks-Maifondsregulativs; Jugendbewegung und Bildungsarbeit; Schaffung einer Vertretung vor dem Oberversicherungsamt; Wahlen zur Arbeiterversicherung; Schaffung einer Kontrolle für die Gewerkschaftskartelle. Auf der Konferenz waren 84 Kartelle durch 63 Delegierte vertreten, die 50 829 organisierte Arbeiter in sich schlossen. Das Hamburger Kartell, dem die Altonaer Arbeiter angeschlossen sind, war durch den Arbeitersekretär Große vertreten und sind diese Arbeiter in obigen Ziffern nicht enthalten. Außerdem waren noch Bezirks-Verammission, Bezirks-Bildungsausschuß, Bezirks-Jugendauschuß, Bezirks-Kartellvorstand, der Kartellvorstand in Berlin, der Fabrikarbeiterverband Jgheoe und das Kieler Arbeitersekretariat vertreten. Das Regulativ des Bezirksmaifonds wurde nach einigen Ausführungen von Garbe-Kiel im Sinne des Kieler Kartelltages umgeändert. Über die Errichtung eines Bezirks-Arbeitersekretariats zur Vertretung der Rechte der Versicherten vor dem Oberversicherungsamt sprach Arbeitersekretär Groß-Kiel. Auf Grund der Reichsversicherungsordnung mit allen ihren Nachteilen für die Versicherten suchte er die Notwendigkeit der Errichtung eines solchen Sekretariats, das dem Kieler Arbeitersekretariat angeschlossen werden sollte, nachzuweisen. Die Kosten würden jährlich 3000 Mk. betragen neben einer einmaligen Ausgabe. Arbeitersekretär Große-Hamburg ist dieser Gründung nicht sonderlich geneigt, sowohl aus finanziellen Gründen als auch deshalb nicht, weil von Hamburg aus recht wenig Fälle in Schleswig zur Verhandlung kämen und man deshalb den Hamburger Gewerkschaften nicht neue Lasten auferlegen könne. Die Hamburger könnten höchstens proportional nach den in Schleswig anhängig gemachten Fällen an der Finanzierung beteiligen. Er versprach sich im übrigen nicht zu viel von der Errichtung eines solchen Sekretariats. Auf alle Fälle wäre es notwendig, vorher die Hamburger Gewerkschaften zu befragen. Nach einer längeren Diskussion, in der teils für, teils wider die Errichtung eines Bezirkssekretariats gesprochen wurde, erkannte man zwar die Notwendigkeit der Errichtung an, aber das Kieler Kartell wurde im Verein mit dem Kieler Arbeitersekretariat beauftragt, eine neue Vorlage auszuarbeiten, die den Gewerkschaften der Provinz zur Begutachtung und Beschlußfassung unterbreitet werden soll. Über die Jugendbewegung sprach Adler-Kiel, der die Zwecke und Ziele einer Zentrale der Jugendkommission darlegte. Zur Beschaffung weiterer Geldmittel für die Jugendkommission müsse eine Zentrale der Gewerkschaften geschaffen werden. Um Mittel für die Jugendkommission zu beschaffen, wird beschlossen, die Zinsen eines vorhandenen Kapitals zu verwenden. Über Bildungsaarbeit sprach Groß-Kiel. Seine Ausführungen gipfeln in einer Resolution, in der die Gründung von Bildungsausschüssen, gleichweise zusammengefaßt aus Partei- und Gewerkschaftsmittelteilern, an allen Orten der Provinz gefordert werden. Diese Resolution fand einstimmige Annahme. Über Wahlen zur Arbeiterversicherung und Schaffung einer Zentrale für die Gewerkschaftskartelle der Provinz referierte Groß-Kiel. Seine Ausführungen zeitigten das Resultat, daß das Kieler Gewerkschaftskartell als Zentrale für die Kartelle der Provinz Schleswig-Holstein gewählt wurde.

Enten. Feuer. Das von Arbeiterfamilien bewohnte alte Wohnhaus des Fuhrers Voberg in Vorkholt brannte vollständig nieder; die Bodenräume usw. waren mit Getreide angefüllt, so daß das Feuer auch hierdurch reiche Nahrung fand.

Hamburg. Gegen das Säbelregiment. Die Hamburger Parteileitung hatte zu Freitagabend sieben große Versammlungen einberufen, die sämtlich überfüllt waren. Unter häufiger stürmischer Zustimmung der Versammelten wurde von den Rednern scharfe Kritik an dem Säbelregiment im Reichsland und an dem Verhalten der Regierung im Reichstag geübt. Im Gewerkschaftssaal, wo Reichstagsabgeordneter Stolten referierte, trat in der Diskussion ein „Anarchist" auf, um gegen Milizforderung und Parlamentarismus allerlei Pfeifen vorzubringen. Die Versammlung ließ ihm keinen Zweifel darüber, daß in Hamburg kein Boden für seine konfuse Ansichten sei. Eine im Sinne der Referate gefaßte Resolution wurde überall einstimmig angenommen. — Vom Automobil getötet. Beim Ueberqueren des Fahrdrams in der Schanzestraße unter dem Eisenbahnviadukt wurde der Privatier Zimmermann von einem Kraftfahrzeug erfasst und überfahren. Zimmermann erlitt so schwere Verletzungen, daß er auf der Unfallstelle starb.

Schneefeld (Holstein). Eingeschert wurde in der letzten Nacht um Montag das Gemeindegeld Mühlenbesizers Behrens in Wacken. Außer den Mobilien sind die Futter- und Getreidevorräte sowie elektrische Anlage mitverbrannt.

Oldenburg. Der Austritt der Krieger. Der Vertretertag des Oldenburgischen Kriegerbundes beschloß den Austritt aus dem Deutschen Kriegerbund und die Gründung einer eigenen Unterstützungskasse. Wie verlautet, werden auch beide Mecklenburg und das Fürstentum Lübeck austreten.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellingsma. Verleger: J. H. Schwan. Druck: Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.



Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zu unserer Hochzeit danken herzlich  
(9260)  
**Hermann Wullbrandt u. Frau**  
Helene, geb. Werner.

Für die vielen unendlichen Glückwünsche und Aufmerksamkeit zu unserer silbernen Hochzeit sagen wir allen Verwandten und Bekannten unsern herzlichsten Dank.  
(9261)  
**H. Lewermann**  
und Frau.

**Danksagung.**

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau sagen besten Dank  
(9273)  
**Ferdinand Schlichting**  
und Tochter.

Kensfeld, 9. Dezember 1913.

**Unübertrafen wäscht Ragoda**  
Einzig in seiner Art.  
D. R. G. M. 418736  
Unübertrafen wäscht Ragoda  
Gegen Gutscheine bis Ende 1914 auf Pfd. 1 la. Taschenmesser, 1 Schere od. 1 Mosaik-Brosche, 20 Pfd. 1 Doublee-Uhrkette. (220)  
Schumann & Wille, Wittenberge.

Im  
**Pelz-Haus**  
Friedrich  
**Zimmermann**  
Beckergrube 50  
größte Auswahl in

**Pelz-**  
Kragen, Krawatten, Schals, einfachen u. Fantasie-Muffen, Jacken, Mäntel, Herren-Geh- und Reise-Pelzen, Hüten, Barettis, Kinder-Garnituren, Fellvorlagen, Fellteppiche, Wagendecken.

Reparaturen etc. schnell und billig.  
Kein Ausverkauf nach der Saison.  
Sehr billige Detailpreise.  
Zwanglose Besichtigung höflich erbeten

**Abfall- u. Krümel-Lachs**  
täglich frisch  
Paket 20 Pfg.  
Fischstraße 31.

**Gasthof Kl.-Mühlen.**  
Sonntag, den 11. Dezember:  
**BALL**  
des Sparklubs „Hol di ran“.  
(9262) Entree 80 Pfg.  
Dazu laden freundlich ein  
O. Erers. Der Vorstand.

**Rum u. Rotwein**

sehr grosse Auswahl — von billigster bis feinsten Qualität. 8027  
**Samos** angenehm süß und milde . . . . . 80 bis 1.50  
**Portweine** . . . . . 1.20 bis 5.00  
**Liköre** ca. 50 Sorten zu 1.10 bis 1.40 etc. **Punsch-Essenz** 1.25 1.50 2.00  
**Mosel- u. Rheinweine** von 90 Pfg. bis 4.50 Mk.

**F. P. Ahrens, Weinhandlung** Königstraße 73  
Eingang Huxstraße.

Abreisenden aufbewahrt u. nachgefordert werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer etc. im Lagerhaus u. Speditionsgeschäft Fischergr. 52. (184)

**Th. Seidel**  
Reparatur - Werkstatt  
Uhren und Goldwaren  
  
Marienstr. 5  
Ecke Schwart. Allee. (9019)

**Kränze**  
**Buketts u. Girlanden**  
6055) liefert billigst  
**Fr. Schmidt**  
Bälwstraße 11, Marii und Dornstraße 16 a, Holstentor.  
Fernsprecher 1113.

**Beerdigungs-Institut „Pietät“**  
**H. Grimm**  
Wickedestr. 49. Fernruf 1424.  
Uebernahme ganzer Beerdigungen u. Feuerbestattungen. 8621) Ueberführungen mit eigenem Transportwagen. Großes Lager von Särgen und Einkleidungen jeder Art.

**Holsten-Meierei**  
Fernruf 2336 Wickedestr. 44  
empfiehlt alle Meiereiprodukte in bekannter Güte.  
Geschäfte, welche Niederlagen übernehmen wollen, werden gebeten, sich zu melden. (185)

**Kopf und Bein Eisbein**  
gef. Schnauzen u. Pfoten  
1a. dicke Flomen  
**Friedr. Paetau**  
Schlachterei u. Würstfabrik  
Mühlenstr. 27. (9268)

Man abonniert jederzeit auf das schönste und billigste Familien-Witzblatt  
  
**Meggendorfer-Blätter**  
München 22 Zeitschrift für Humor und Kunst  
2 Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.—  
Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probeprobe vom Verlag, München, Theatinerstr. 47  
Kein Besucher der Stadt München sollte es verkümmern, die in den Räumen der Redaktion, Theatinerstraße 47 III befindliche, äußerst interessante Ausstellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter zu besichtigen.  
Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei!

**Konsum-Verein**  
für Lübeck und Umgegend  
e. G. m. b. H.

**General-Versammlung**  
am Donnerstag, d. 11. Dezember  
abends 8 1/2 Uhr  
im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung:  
1. Jahresberichte.  
2. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes.  
3. Beschlussfassung über die Verteilung der Erübrigung.  
4. Wahl zum Aufsichtsrat nach § 17 des Statuts.  
5. Wahl zum Genossenschaftsrat nach § 29 des Statuts.  
6. Festsetzung des Höchstbetrages der aufzunehmenden Anleihe und Spareinlagen.  
7. Antrag auf Änderung der §§ 2 und 5 des Statuts.  
Eintritt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte oder der Quittung über abgelieferte Marken.  
Der Aufsichtsrat:  
Robert Waldburger, Vorsitzender.  
Die Bilanz liegt vom Donnerstag, d. 4. Dezember ab in den Warenabgabestellen unserer Genossenschaft zur Einsicht der Genossen aus.  
Der Geschäftsbericht kann von den Mitgliedern in den Warenabgabestellen in Empfang genommen werden.  
Der Vorstand.

Der Vorstand.  
9061)

Alles staunt, alles lacht, alles amüsiert sich im Waldschlösschen.  
Sehenswürdigkeit ersten Ranges.  
**Waldschlösschen**  
Bad Schwartau.  
Da das große Schlachtfest am Sonntag, welches konkurrenzlos dasteht, einen so kolossalen Beifall gefunden hat, habe ich mich auf vielseitigen Wunsch entschlossen, am Mittwoch, dem 10. Dezember, abends 8 Uhr,  
**das große Schlachtfest**  
mit seinen vielen Ueberraschungen sowie musikalischen Unterhaltungen und Vorträgen zu wiederholen. (9289)  
Voranzeige.  
Sonntag, den 14. bis einschl. Sonntag, den 21. Dezember:  
**Täglich gross. Preisschiessen.**  
Verschießen und Verspielen von Weihnachtsskarpfen und Gänsen gegen Bons. Preise für das Preisschiessen: 1. Preis eine Küchenarrichtung, sowie 9 wertvolle Preise. Für musikalische Unterhaltung und Vorträge ist bestens Sorge getragen.

Verband der  
**Fabrikarbeiter Deutschlands.**  
Zahlstelle Lübeck.

**Mitglieder-Versammlung**  
am Mittwoch, 10. Dezember  
abends 8 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50—52.  
Tagesordnung:  
1. Aufnahme neuer Mitglieder.  
2. Vortrag des Kollegen Radben.  
3. Abrechnung vom Wintervergnügen  
4. Verschiedenes.  
Um recht zahlreiches Erscheinen erlucht  
(9285) Die Ortsverwaltung.

Verband der  
**Gastwirtsgehilfen.**  
Ortsverwaltung Lübeck.

**Versammlung**  
am Mittwoch, d. 10. Dezember  
abends 8 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50—52.  
Tagesordnung:  
1. Aufnahme neuer Mitglieder.  
2. Mitteilung des Vorstandes.  
3. Weihnachtunterstützung.  
4. Wintervergnügen.  
5. Unsere Agitation in Lübeck.  
6. Bericht vom Gewerkschaftshaus.  
7. Verschiedenes.  
(9278) Der Vorstand.

**Moisling.**  
Sozialdemokratische Frauen.

**Mitglieder-Versammlung**  
am Mittwoch, 10. Dezember  
abends 8 1/2 Uhr  
im Lokale des Hrn. Siemers  
(Kaffeehaus Moisling.)  
Tagesordnung:  
1. Aufnahme neuer Mitglieder.  
2. Vorlesung von Gedichten.  
3. Fragekasten.  
4. Verschiedenes.  
Um zahlreichen Besuch bittet  
(9280) Der Vorstand.

**Verein der Naturfreunde.**

**Versammlung**  
am Mittwoch, 10. Dezember  
abends 8 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50—52.  
Zahlreiches Erscheinen erwünscht  
(9281) Der Vorstand.

Lübecker  
**Lehrer-Gesangverein.**

**Volkskonzert**  
am Sonntag, 14. Dezember  
9074) abends 8 Uhr  
im **Kolosseum.**  
Solist: Herr M. Menge, Hamburg  
(Violine.)  
Eintrittskarten à 50 Pfg. (num.) und 30 Pfg. bei Herrn Redakteur Stellung.

**Neues Stadttheater.**  
Dienstag, den 9. Dezember 1913:  
73. B. i. Boll-Pl. 13. B. i. Dienstag-Abg.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende geg. 10 1/2 Uhr  
**Der lebende Leichnam**  
Drama von Leo Tolstoi.  
Mittwoch, den 10. Dezember 1913:  
Außer Abonnement. **Mittelpreis.**  
Anfang 8 1/2 Uhr. Ende 11 1/4 Uhr.  
**Die Kino-Königin.**  
Operette von F. Gilbert.  
Donnerstag, den 11. Dezember 1913:  
74. B. i. Boll-Pl. 13. B. i. Donnerstag-Abg.  
Anfang 7 Uhr. Ende 11 Uhr.  
**Gastspiel Bertha Hügli**  
vom Stadttheater Nübbanien i. G.  
**Lohengrin.**  
Große Oper von Rich. Wagner.  
Große Preise.

Jeder der sich und die Seinen weiterbilden und seine Bücher auf billigste Weise (40 Pf. im Monat) vermehren will, trete dem weit über 100000 Mitglieder zählenden **Kosmos, Gesellschaft d. Naturfreunde** (Sitz Stuttgart) bei. Für den geringen Jahresbeitrag von **nur M 4.80** (dazu im Buchhandel 20 Pfg. Bestellgeld, durch die Post d. Porto) erhält man kostenlos:  
1. die reichillustrierten Monatshefte **Kosmos, Handweiser f. Naturfreunde** mit den Beiblättern:  
Wandern und Reisen — Wald und Heide — Photographie und Naturwissenschaft — Technik und Naturwissenschaft — Haus, Garten und Feld — Natur in der Kunst — Natur und Heimatschutz.  
2. Anskünfte, Vergünstigungen bei Bezug von Büchern, Mikroskopen, b. Vorträgen u. Kursen etc.  
3. ohne jede Nachzahlung **fünf wertvolle Bücher**  
erster Schriftsteller; im Jahre 1913: W. Boelsche, Festländer und Meere; Dr. K. Fiericke, Einheim. Fische; Dr. Ad. Koeisch, Der blühende See; Dr. H. Dekker, Vom sieghaften Zellenstanz; Dr. A. Zart, Atome und Moleküle.  
**Eintritt jederzeit!** Anmerkungen nimmt jede Buchhandlung entgegen, wo keine solche, wende man sich an den „Kosmos“-Schlichter.  
Probeweise und Prospekte postfrei!



## Der Protest gegen die Militärdiktatur.

In Groß-Berlin fanden am Sonntag mittag 17 Versammlungen statt, zu denen die Arbeiter, Handwerker und Bürger eingeladen waren, um Stellung zu den Uebergriffen des Militarismus zu nehmen. Die Versammlungen waren durchgängig überfüllt. Aufschärfste verurteilten die Redner nicht nur die mehr untergeordneten Uebergriffe in Zabern, sondern das ganze militärische System, das solche Uebergriffe erst möglich macht. Und die Massen, die sich nicht aus Arbeitern zusammensetzten, bekundeten ihr absolutes Einverständnis mit diesen Auffassungen durch stürmische Beifallsfundgebungen. Es wurden in 16 Versammlungen nachstehende Resolution angenommen:

Die Versammlung brandmarkt die unerhörten Uebergriffe des militärischen Absolutismus.

Sie konstatiert mit Entrüstung, daß der Reichskanzler, statt Recht und Gesetz zu wahren, sich willenlos der militärischen Diktatur gebeugt hat und erklärt das Auftreten des Kriegsministers für eine unerträgliche Provokation des deutschen Volkes. Sie erachtet die vom Reichstag erzwungenen verpöckelten Magnahmen zur Sühne der militärischen Gehehlosigkeit für völlig ungenügend und fordert vom Reichstag die Schaffung verfassungsmäßiger Garantien gegen die Selbstherrlichkeit des Offizierkorps und die Unverantwortlichkeit der obersten Kommandogewalt.

Sie fordert den Reichstag auf, mit unbeugbarer Entschlossenheit auf den Konsequenzen seines Mißtrauensvotums zu bestehen und von allen Mitteln und insbesondere von dem der Budgetverweigerung Gebrauch zu machen, um den Rücktritt des Reichskanzlers und des Kriegsministers durchzuführen.

Die Versammlung erkennt in den skandalösen Ereignissen von Zabern nur ein Symptom des militärischen Systems und drückt ihre Entschlossenheit aus, den Kampf gegen den Militarismus mit aller Energie fortzuführen. Sie erblickt in der Demokratisierung der Heeresverfassung, in der Erziehung des stehenden Heeres durch die Miliz die wichtigste Aufgabe volksfreundlicher Politik und die unerlässliche Vorbedingung, um an Stelle der Herrschaft von Bürokratie und Militär die Souveränität des Volkswillens zu setzen.

Auswärtige Protestkundgebungen werden gemeldet aus:

**Strasbourg:** In Strasbourg gehen die Wogen der Entrüstung über die Zaberner Vorgänge natürlich am höchsten. Am Sonntag nachmittag fand in einer Markthalle eine Protestversammlung statt, die selbst nach der Schätzung des Polizeikommissars von mindestens 8000 Personen, Arbeitern, Bürgern und Angehörigen anderer Berufsklassen besucht war. Unter stürmischem Beifall sprachen von zwei Bühnen die reichsständischen Abgeordneten Peirotes und Böhle, die die sofortige Abdankung des Generals Deimling und der verantwortlichen Regierungsmänner forderten. Eine entsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen. Zu gleicher Zeit fanden auch in Zabern und 6 anderen Ortschaften stark überfüllte Protestversammlungen statt.

**München:** Die vom Sozialdemokratischen Verein einberufenen Versammlung im Rindl-Keller war von mehr als 6000 Personen besucht. Schon lange vor Beginn der Versammlung war der Saal überfüllt. Die Versammlung folgte den Ausführungen des Abg. Wolfgang Heine mit stürmischem Beifall. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die Versammlung verurteilt die Gehehrigkeit der Militärpersonen und militärischen Behörden in Zabern

und ihre Beschönigung durch den Reichskanzler und Kriegsminister. Dem verletzten Rechtsgefühl des Volkes kann nur Sühne geleistet werden durch den Rücktritt dieser beiden Personen. Um solche Ausschreitungen in Zukunft zu verhindern, fordert die Versammlung die Ueberwindung dieses Geistes des Militarismus, die Verwandlung des Ständehaeres in ein Volksheer und Umgestaltung des Soldatenstaates in einen Volksstaat und Rechtsstaat.

**Leipzig:** Die Leipziger Arbeiterschaft demonstrierte am Sonntag in acht stark besuchten Versammlungen gegen die Vorgänge in Zabern und die im Reichstag proklamierte Herrschaft des Säbels in Deutschland. In einer Resolution forderten die Versammelten „die bedingungslose Einordnung der Militärbehörden, die absolute Unterordnung des Offizierkorps unter die Gesetze, die Respektierung der Bürgerrechte auch durch das Heer. Die Zaberner Vorgänge und die Haltung der Reichsregierung erkennen die Versammlung als einen natürlichen Ausfluß des Militarismus, der nicht nur das Volk des Volkes verzehrt und den Weltfrieden gefährdet, sondern auch die Rechte des Volkes beständig bedroht. Die Versammelten erklären es daher als dringende Pflicht, den Militarismus, der in der übermilitaristischen Ära immer gewaltigere Dimensionen annimmt, mit allen Kräften zu bekämpfen und die Erziehung des stehenden Heeres durch eine demokratische Heeresorganisation, durch die Miliz, zu erstämpfen.“

**Chemnitz:** Zu einer wuchtigen Demonstration gestalteten sich die fünf Protestversammlungen, die die sozialdemokratische Parteileitung am Sonntag für den Stadtbezirk Chemnitz einberufen hatte, die Säle konnten die andrängenden Massen kaum aufnehmen. Die Empörung über das Willkürregiment der Soldateska in Elsaß-Lothringen flammte hell auf und einmütig kam der Wille zum Ausdruck, diese Säbelherrschaft zu brechen, die den Frieden des Volkes bedroht.

**Breslau:** Die Breslauer Arbeiter erhoben in 3 großen Versammlungen stürmischen Protest gegen die Vorgänge in Zabern und das Verhalten der Regierung. Eine entsprechende Resolution wurde überall einstimmig angenommen. Die Polizei, die Straßendemonstrationen befürchtete, hatte wieder umfangreiche Vorkehrungen getroffen. In den verschiedenen Stadtteilen wurden Schutzmannstruppen unter Versteck gehalten und die Posten auf der Straße hatten den Revolver umgeschwenkt. Ein Anlaß zum Einschreiten fand sich aber nicht. — Auch im Landkreise Breslau tagten 6 stark besuchte Versammlungen.

**Köln:** In Köln und in den Vororten fanden 9 überfüllte Protestversammlungen gegen die Zaberner Vorgänge und die von der Regierung geschickte Militärdiktatur statt. In einer nach den Referaten der Abgg. Hofrichter und Emmel angenommenen Resolution wurde zum Ausdruck gebracht, daß man bei der bevorstehenden Staatsberatung den allerheftigsten Kampf gegen die Regierung erwartet. — Insgesamt mögen an den Kölner Kundgebungen etwa 4500 Personen teilgenommen haben. Die Polizei verhielt sich zurückhaltend. — In den nächsten Tagen veranstalten auch die Fortschrittler und das Zentrum Protestkundgebungen in Köln.

**Duisburg:** Die Protestversammlung im Wintergarten war von ca. 1500 Personen besucht. Das Bürgertum war nur vereinzelt vertreten. Eine Resolution, in der zum Zusammenschluß gegen Militarismus und Aristokratie und zur Agitation für Abschaffung des stehenden Heeres und Einführung der Volkswacht aufgefordert wurde, fand einstimmig Annahme.

**Mülheim:** Hier fand eine sehr stark besuchte Versammlung statt. Auch hier war das Bürgertum nur ganz vereinzelt vertreten.

**Elberfeld:** Sonntag vormittag fand eine große Demonstrationsversammlung gegen die Vorgänge in Zabern und die Haltung der Regierung im Reichstage statt. Die Versammlung war von mehr als 3000 Personen besucht. Der Referent war der Reichstagsabgeordnete Thöne-Kassel. Weitere Versammlungen fanden statt in Hagen, Harte und Velbert. Hier referierten die Reichstagsabgeordneten König und Dittmann.

**Solingen:** Die Protestversammlung war schon vor Beginn überfüllt. 2000 Personen mögen im größten Saale Solingens anwesend gewesen sein. Hunderte wurden wegen Ueberfüllung nicht mehr eingelassen. Unter großem Beifall sprach Genosse Breitscheid über die Militärdiktatur.

**Düsseldorf:** Die Protestversammlung war von 5000 Personen besucht. Es wurde nach dem Referat des Abg. Haberland eine scharfe Protestresolution angenommen.

**Harburg a. E.:** Zwei überfüllte Protestversammlungen protestierten gegen die Säbelherrschaft.

**Sonneberg i. Thür. und Nordhausen:** In beiden Orten fanden überfüllte Versammlungen statt, die nach den Referaten der Abgeordneten Reißhaus und Henke scharfe Resolutionen gegen die Militärdiktatur annahmen.

**Frankfurt a. M.:** Am Sonntag mittag fand hier eine Protestkundgebung gegen die Vorgänge in Zabern mit ihren Gesetzesverletzungen und Bedrohung der Bürger durch das Militär sowie gegen das Verhalten der Reichsregierung statt. Der Besuch war außerordentlich stark. Der große Raum des Zirkus Schumann war vollständig gefüllt. Unter den mehr als 5000 Teilnehmern war auch eine große Anzahl Bürgerlicher. Der Vortrag des Genossen Abgeordneten Wendel mit seiner scharfen Kritik der Ueberhebung des Militärs und des Verfalls der Reichsregierung gegenüber den Verfassungsbrüchen durch die Militärgewalt fand starken Anklang.

Die Polizei hatte Angst vor Demonstrationen und hielt ein großes Aufgebot von Schutzleuten bereit, was natürlich ganz überflüssig war und nur die Schutzleute um einen Teil des freien Sonntags brachte.

**Agitationsbezirk Frankfurt a. M.:** 18 Volksversammlungen nahmen im Bezirk Frankfurt a. M. Stellung zu den Vorgängen in Zabern. Die Verhandlungen im Reichstage fanden dabei die verdiente Würdigung. Außerordentlich groß war die Anteilnahme der Massen vor allem in Hanau, Höchst, Wiesbaden dergleichen in einer Reihe ländlicher Orte. Das Verhalten des Reichskanzlers und Kriegsministers fand scharfe Verurteilung. Nachdrücklich unterstrichen die Massen, daß das Mißtrauensvotum des Reichstages gegenüber dem Reichskanzler erst der Anfang eines entschiedenen Kampfes sein müsse, um der Militärdiktatur in Zukunft zu steuern und verfassungsmäßigeren Zuständen die Wege zu ebneten.

**Brandenburg a. S.:** Am Freitag fand eine massenhaft besuchte Protestversammlung statt gegen die Militärdiktatur im Elsaß und gegen ihre Behandlung durch die Vertretung der Regierung im Reichstage. Der Saal in dem der Arbeiterschaft gehörenden Volkshause erwies sich als zu klein, die zuströmenden Massen in sich aufzunehmen, so daß Nebenräume in Anspruch genommen werden mußten. Reichstagsabgeordneter Peus hielt das von lebhaften Zustimmungskundgebungen be-

## Moderne Sklavinnen.

Ein Theaterroman von Ludwig Wendler.

(34. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Du irrst, liebe Rauchsüß, in beiden Punkten. Niemals war Walther der schärfste Gegner von Heberlein, höchstens hat er sich gegen dessen Annahmen verwahrt, was aber meine Freundschaft zu Heberlein betrifft — sie war einmal. Aber — reden wir nicht davon, heute ekest er mich an.“

„Et, ei, wen wird er denn da jetzt zu seiner Saisonliebe wehen?“

„Ich denke mir Fräulein Gehmeyer, die Naive vom Hauptpiel.“

„Die mit der Zunge anstößt?“

„Saha!“

„Was lachst du? Das gehört doch heut zum Schauspiel.“

„Früher nahm man nur wirklich hübsche, tadellose Weiber zum Theater, heute kommt's auf einen kleinen Verdruß über einen dito Jungsfehler nicht an. — Und Walther heiratet in der Tat die Rebentisch?“

„In aller nächster Zeit.“

„Um dann nach München zu gehen?“

„Sobald hier die Saison vorüber.“

„Viel Glück auf einmal ist das.“

„Freilich. Wer verdiente es aber auch wie er? Walther ist der anständigste Mensch, den es beim Theater gibt.“

„Na, selbverständlich, da er dich nach A. empfohlen hat.“

„Höhte Fräulein Rauchsüß, unterbrach sich aber: „Stieh mal da, die Koch“, als mit Glan Amanda, die weitherzige, pompos aufgetakelt, ins Lokal geräuscht kam. Was sie wieder auf dem Leibe hat — dies russisch grüne Seidensamtstoff mit dem Chinchilla-Pelzwerk, der Rembrandtthut mit den Federn — keine tausend Mark reichen da.“

„Gewiß das Antrittsgeschenk ihres neuen Liebhabers, des Oberdors junior“, meinte Olga Eggers.

„Der ja eminent viel Geld haben soll. Uebrigens ist er aber gar kein neuer Anbeter, sondern eine ältere, nur zeitweis auftauchende Bekanntschaft von ihr“, wußte Fräulein Rauchsüß zu sagen.

„Da wird der Kommerzienrat mal wieder für eine Zeitlang ins Fremdenzimmer ausquartiert.“

„Und der Referendar Willig, der sich immer noch im Vorbereitungsdiens!“ bei ihr befindet, weiter noch mit süßen Broden an der Angelrute gehalten. Sind das Schafschöpfe!“

„Gänzlich aus sein soll ja die Geschichte mit Bartuschek, dem bisherigen Pascha ihrer Gemächer. Sie ist im Laufe der

Zeit selbst diesem „Kuratel-Aspiranten“ zu kostbar geworden und er verzichtete auf ihre Reize.“

Selbstverständlich waren den beiden Damen während ihrer Unterhaltung die Zeitungen mit den Kritiken längst von anderen Interessenten fortgeholt worden und befanden sich jetzt im Kreise der männlichen Kollegen, die als Mitschuldige bei der Kreierung des neuen Wertes beteiligt gewesen waren.

Redentin hatte die Kritiken über sich gelesen und — schimpfte, daß es eine Art hatte, über dies „Gesindel“.

„Meine Auffassung des „Heinrich“ zu robust, das starke Auftragen in Gesang und Spiel der Figur von Nachteil —? Himmelboomerwetter, sollen sie doch ihren Theaterdirektor anhalten, daß er 2000 Mark Monatsgage statt 600 für seinen Heldenbariton bezahlt und sollen sich die Herren Bek, Gura und Bulst aus der Ewigkeit zurückerufen! Ich mach's, wie's mir richtig scheint, und wem's nicht gefällt, der soll draußen bleiben. Jederfuchser, niederträchtige, infame!“

Pfannenschmidt, der auf seinen „Nickelmann“, die tiefe Baßpartie der Oper, nicht wenig stolz gewesen war, fand sich, seiner Meinung nach, ebenfalls nicht genügend herausgestrichen. Er — schimpfte, weil man seinen Baß zu probe für die fantastischen Teile der Rolle besand und ihm Mangel an Poesie für die Deutung der Träne am Schluß des ersten Aktes vorwarf.

Weber, der kleine Buffotenor — schimpfte, da er den wüsten Humor des „Waldschatts“ diesen „Heuschjen“ von der Presse nicht wirkungsvoll genug zur Geltung gebracht hatte.

Nicht weniger — schimpfte Klemm, der Heldentenor, der als „Parrer“ abwechselnd gegen die alte „Wittichen“, „Rautendelein“, und „Heinrich“ in moralischer Entrüstung loswetterte, dies jedoch mit der Gleichgültigkeit eines aufgezogenen Automaten getan haben sollte.

„Banausen“, schüttelte er den Kopf, „oder — was versteht der Bauer vom Gurkenalat.“

Keines Menschen Entrüstung war aber so groß, niemand schimpfte in dem Maße, wie Heberlein, der verantwortlich zeichnende erste Führer dieser musikalischen Expedition.

„Ich wollte man klar machen, daß seiner Direktion denn doch noch die nötige Sicherheit fehle und diese erst von ihm erungen werden müsse, um einem detart mit Schwierigkeiten durchgeführten modernen Werke, sowie der daran beteiligten Künstlerchar zum Siege zu verhelfen.“

„Bieten das“, eiferie er, „Zrenhäusler, die man durch Freiheitsentziehung unglücklich machen sollte. Saha! Meine Sicherheit bekräfteln —?! Glauben die Kerle mich zu ärgern, mich, der ich das ganze musikalische Lauseneß hier in

die Tasche stecke? Aber ich kann mir schon denken, wer dahinter sitzt und bohrt, wer herumgeschlichen ist von Pontius zu Pilatus, von einer Reaktation zur andern, um meine Wege zu unterminieren, mir zu schaden.“

„Genügt an alleine doch Walther, mein Bengelchen, der verzieht sich. Der Mann braucht det ooch, denn sonst kommst du frohes — Licht un jensterst ihn de Treppe runter, det er's Zenid bricht.“

Nach dem Urheber dieser markanten Ausdrucksweise sich umzuschauen, hielt jeder für überflüssig. Bernide hatte, nachdem er im Vorübergehen mal wieder sein Mütchen gekühlt, an seinem schachteligen Platz genommen und harrete, vor Behagen grinsend, einer Erwidering Heberleins. Der aber, durch öfteren Schaben Flug geworden, und als großartige Seele, verzichtete auf eine Entgegnung.

„Daß dich der Schlag treffe“, war der liebevolle Gedante, den er gegen Bernide in petto hatte, ihn aber nur zu murmeln, nicht laut zu äußern für das gescheiterte hielt.

Während nun hier die Wogen der Unterhaltung auf und nieder gingen, deutlich vernehmbare Kennzeichen von Gewittern auftraten und wieder verschwanden, spielte sich dem entgegen ziemlich ruhig und geschäftsmäßig die Konferenz ab, zu der der Rechtsanwält Benschberg die beiden Damen Bergmann, die sich um vier Uhr bei ihm melden ließen, in sein Privatbureau entboten hatte.

„Es liegt hier, nach dem, was Sie mir erzählen“, erklärte nach Tante Christines detailliertem Bericht Herr Benschberg, der nicht umsonst in dem Ruf eines eifrigen Förderers sozialdemokratischer Bestrebungen stand, „eine schwere Beleidigung vor, die weil von einem Brohern an seiner bezahlten Untergebenen verübt, doppelt ins Gewicht fällt. Eine bedeutende Strafe würde es sein, die den — überführten Mißfäter trafe. Sie sind doch willens, Fräulein Bergmann“, wendete er sich direkt an Maria, „die Angelegenheit strafrechtlich zum Austrag zu bringen?“

„Strafrechtlich?“ stuzte Tante Christine. „Zunächst wünschten wir ja Ihren Rat, Herr Rechtsanwält“, ergriff sie weiter, jetzt mit offener Besorgnis, für Maria das Wort, „ob nicht, um die Angelegenheit meiner Nichte für sie selbst zum Vorteil zu wenden, noch ein anderer Weg vorhanden wäre. Den von Ihnen vorgeschlagenen müßte sie meiden, weil sie sich persönlich in ihrem Berufe ungeheurer Schaden, ja unmöglich machen würde.“

„Leider das alte Lied — Sie gehen aber da wohl in Ihrer Beschürzung zu weit, Verherteste. Es fragt sich in der Hauptsache, ob Fräulein Bergmann hinreichende Beweise zu erbringen in der Lage wäre. Dann, meiner Ansicht nach,



gleitete Referrat. Die Ansicht und der Wille der Versammelten fanden in einer entsprechenden Entschliessung ihren Ausdruck.

**Bielefeld:** Freitag abend fanden gegen die Militärdiktatur vier Protestversammlungen statt und zwar in Bielefeld, Herford, Minden und Detmold. Die Versammlung in Bielefeld war von mehr als 2000 Personen besucht.

**Stettin:** Zwei stark besuchte Versammlungen, in der die Genossen Reichstagsabgeordneter Bogtger und Redakteur Schumann die Vorgänge in Zabern und im Reichstage einer scharfen Kritik unterzogen, fanden hier statt. Wie weit die Erregung um sich gegriffen hat, beweisen die drabben Zwischenrufe und der stürmische Beifall, der den Rednern gezollt wurde. Eine Resolution, die das Vorgehen des Militärs und des Leutnants Forstner verurteilt, dem persönlichen Regiment die Verachtung ausspricht und Beseitigung der unfähigen Reichsminister wie auch Schaffung von ordentlichen Reichsgarantien verlangt, wurde unter lebhafter Zustimmung angenommen.

## Jenseits des Menschlichen.

(Zur Selbstmordepidemie in den russischen Gefängnissen.)

Ein bekannter russischer Schriftsteller, dessen Namen wir aus begreiflichen Gründen nicht nennen dürfen, schildert auf Grund eingehender Untersuchungen die Greuel im Zentralgefängnis zu Orel, die in den letzten Jahren den Rekord des offiziellen russischen Barbarentums geschlagen haben. Wir entnehmen dieser Schilderung, der selbst aus der ungeheuren Literatur über die Leiden der russischen Gefangenen nichts Ebenbürtiges zur Seite gestellt werden kann, folgende Stellen, die die Selbstmorde in diesem Orte des Grauens schildern.

Aus dieser Hölle, in die sich das Leben der politischen Gefangenen im Zentralgefängnis zu Orel verwandelt hatte, gab es nur einen Ausweg — das Grab. Und die Gefangenen suchten diesen Ausweg. Die Selbstmorde und Selbstmordversuche hörten hier nicht auf.

Auch in dieser Frage stehen die Angaben der Zeugen, früherer Gefangener des Zentralgefängnisses zu Orel, in trassendem Widerspruch zu den offiziellen Mitteilungen. So hat die Hauptgefängnisverwaltung erklärt, in sämtlichen Gefängnissen des Gouvernements Orel habe es im Jahre 1909 nur 6 Fälle von Selbstmorden der Gefangenen gegeben. Die Zeugenaussagen bestätigen aber, daß allein im Zentralgefängnis von Orel die Selbstmorde nach Tausenden gezählt werden müssen, und daß es in diesem Kerker gegeben hat, wo mehrere Personen sich in einer Woche das Leben nahmen, und wo an einem Tage in den verschiedenen Abteilungen des Gefängnisses Selbstmordversuche entdeckt wurden.

Die Namen der Selbstmörder habe ich nicht feststellen vermocht. Diese Namen kannten selbst die Insassen des Gefängnisses nicht. Sie wußten nur, daß man aus dieser oder jener Zelle den Leichnam eines Selbstmörders hinaus schleppte, oder daß man den Heilgehilfen in eine andere Zelle schickte, um einen aus der Schlinge herausgenommenen Selbstmörder ins Leben zurückzurufen, sie wußten aber nicht, wer sich das Leben genommen, wer den Selbstmordversuch begangen hatte, sie wußten nicht, wer diese Gefangenen waren und woher sie stammten.

Mit einem besonders dichten Schleier sind die Selbstmorde in der Einzelzellenabteilung bedeckt, wo die Selbstmorde am zahlreichsten waren. Zufällig wurde im Gefängnis der Name des Gefangenen Jakowenko bekannt, des Insassen der Zelle Nr. 93, der sich im Juni 1908 durch Selbstverbrennen das Leben nahm. Hätte aber Jakowenko, anstatt die brennende Oellampe auf sich umzukürzen, sich einfach aufgehängt, so hätten seine Zellennachbarn auch seinen Namen nicht erfahren. Sie hätten nur erfahren, daß Nr. 93 freigeworden war und daß von dort ein Leichnam nach der Leichenkammer geschafft wurde.

Man muß sich vergegenwärtigen, daß die Selbstmorde in Orel einen anderen Charakter trugen, als in den Katorggefängnissen in Kara oder Automar in Ostibirien. Die Katorggefängnisse in Kara und Automar griffen zum Selbstmord als zu der letzten entscheidenden Form des Protestes. Zu diesem Schritt entschlossen sich nur Revolutionäre und zwar nur die stärksten von ihnen. Sie unternahmen diesen Schritt, nachdem sie gemeinsam alle Einzelheiten erwogen hatten, und sie schieden aus dem Leben ebenso fest, mannhaft und miteinander vereint, wie sie in der Schlacht des Lebens gekämpft hatten.

Diese Selbstmorde lenkten unwillkürlich die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich. Anders aber verhält es sich mit den Selbstmorden im Zentralgefängnis zu Orel.

Dies waren keine Selbstmorde als Zeichen des Protestes, es waren einfach Selbstmorde aus Verzweiflung. Die Gefangenen schieden aus dem Leben nicht um die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Greuel in Orel zu lenken, sondern einfach, weil sie es nicht länger aushalten konnten. Sie begingen Selbstmord, ohne Abschied zu nehmen, ohne Sorge zu tragen, daß ihr Tod irgendwo verzeichnet wurde. Sie schieden eilig, voll fiebernder Hast aus dem Leben, voll Furcht, daß die Administration die Vorbereitungen bemerkte, sie an der Ausübung ihres Planes hindern, sie neuen Peinigungen unterwerfen könnte. Die Selbstmörder in Orel vermengten sich zu einem bunten Haufen, in dem Kriminalgefangene, „Politische“ und zufällige Gefängnisinsassen zu finden sind.

Ich weiß nicht, was entsetzlicher ist — diese ungeordnete, gepeinigte Schar, oder die Heldengräber in Kara, Serentui und Automar?

In den Zeitungen wurde seinerzeit mitgeteilt, die Selbstmorde in Automar hätten die arge Unzufriedenheit der Hauptgefängnisverwaltung hervorgerufen: man war in Petersburg erstaunt und empört, daß die Gefangenen Gift zur Hand gehabt hatten, und man beschuldigte die Gefängnisverwaltung von Automar, daß sie bei den Leibesvisitationen der Gefangenen zu unachtsam gewesen war. In dieser Beziehung war die Gefängnisverwaltung von Orel über alle Vorwürfe erhaben. Die Gefangenen hatten dort kein Gift zur Hand. Sie vergifteten sich nicht, sondern begingen mit anderen Mitteln Selbstmord.

Rosin stürzte sich von der Galerie des 3. Stockwerkes nach unten. Tschajowennj versuchte sich an dem gußeisernen Dien der Kopf zu zerschmettern. Sokolowenko übergoss sich mit brennendem Öl. Sapotnikij erhängte sich an dem Fensterrahmen. Kudrjawzew erhängte sich mittels einer Schlinge, deren Ende an einem Bettposten befestigt war.

Die Gerechtigkeit erfordert es, hervorzuheben, daß die Verwaltung des Zentralgefängnisses zu Orel nach Kraft und Fähigkeit gegen die Selbstmorde der Gefangenen angeknüpft hat.

Dieser Kampf setzte mit dem Augenblick ein, wo in irgend einer Zelle ein Selbstmordversuch entdeckt wurde. Hand dies in einer Einzelzelle statt, so eilten sofort die Aufseher, der wachhabende Direktorsgehilfe und der Heilgehilfe herbei. Man nahm den Selbstmörder aus der Schlinge heraus und versuchte, ihn ins Leben zurückzurufen. Und während der Heilgehilfe Wiederbelebungsversuche an dem Unglücklichen anstellte, ließ der Direktorsgehilfe mit einem Gummitod einen Hagel von Schlägen auf sein Gesicht, auf seinen ganzen Körper herabhaufen. In den allgemeinen Zellen wiederholten sich dieselben Szenen, mit dem Unterschiede bloß, daß außer dem Selbstmörder auch die übrigen Zelleninsassen wegen ihrer Unachtsamkeit mit Schlägen traktiert wurden.

Diese gemeinsame Haftpflicht aller Zelleninsassen für den Selbstmord eines Einzelnen tat übrigens nicht immer ihre Wirkung.

In der Zelle Nr. 6 der 4. Abteilung, wo die lebenslänglich Verurteilten saßen, ereignete sich folgender Vorfall:

Hier saß der politische Gefangene Iwan Sudy. Bei seiner Verhaftung in den Ostprovinzen war er grausam gefoltert worden, und diese Folterungen hatten

unauslöschliche Spuren an ihm hinterlassen. In Orel wurde er neuen Peinigungen unterworfen. Länger konnte er es nicht mehr aushalten. Und eines Abends wandte er sich an seine Zellengenossen mit der Bitte:

„Kameraden, erlaubt mir, daß ich mich aufhänge! Ich halte es nicht länger aus. . . Ich kann nicht mehr!“

Niemand war über diese Worte erstaunt. Alle dachten bei sich: „Wenn Sudy sich aufhängt, werden wir alle morgen durchgeprügelt. Aber seine Bitte dürfen wir ihm nicht abschlagen. Er quält sich zu sehr. Und vielleicht werde auch ich die Kameraden um dieselbe Gnade bitten müssen. . .“

Nach kurzem Zögern erlaubten die Zelleninsassen dem Iwan Sudy, Selbstmord zu begehen. Sie gingen absichtlich früher als sonst zu Bett, hüllten den Kopf mit der Decke ein, um nicht das Todesgestöhn zu hören und nicht die letzten Zuckungen des Kameraden zu sehen. Und voll eifriger Furcht warteten sie auf seinen Tod. Viele weinten.

Sudy befestigte inzwischen das Ende der aus Leinwand angefertigten Schnur an der Wand und legte sich die Schlinge um den Hals. . . Am Morgen zog man seinen Leichnam aus der Schlinge heraus und prügelte grausam seine Kameraden, die ihm erlaubt hatten, die Hölle von Orel zu verlassen. . .

Viele Todesarten sind in den letzten Jahren, in den Jahren der Gefängnisgreuel an meinen Augen vorübergezogen. Ich habe vieles zu sehen bekommen, an dessen Möglichkeit ich früher nie geglaubt hätte. Aber selbst in den Annalen der russischen Gefängnisse steht der Selbstmord des Iwan Sudy, dieser Selbstmord mit Genehmigung der übrigen Zelleninsassen, vereinzelt da. Weiter kann man in dieser Richtung nicht gehen!“

## Aus der Partei.

**Ein ungetreuer Kassierer.** Bei einer auf Veranlassung des Gauvorstandes der sozialdemokratischen Partei der Wals vorgenommenen Revision der Kasse des sozialdemokratischen Vereins in Birnassen wurde ein Fehlbetrag an Bar von 989,07 Mk. und ein Fehlbetrag an Marken von 1487,70 Mk. festgestellt. Diese Veruntreuungen des Kassierers Decker, die zum Teil bis auf das Jahr 1910 zurückzuführen sind, wurden möglichst genau durch eine nahezu sträfliche Vertrauensseligkeit der revidierenden Insassen, sowie durch eine plumpe raffinierte Strupellosigkeit des Decker in seiner Kasseneführung. Eine sich mit dem Vorfall beschäftigende Mitgliederversammlung beschloß die Stellung des Antrages auf Ausschluß und Anzeigenerhebung gegen den Veruntreuer des Decker bei der Staatsanwaltschaft.

**Unbequemer sozialdemokratischer Sieg.** In Gorki wurden die Stadtverordnetenwahlen zur 1. und 3. Abteilung wegen angeblicher Verstöße des Wahlvorstandes während der Wahlhandlung für ungültig erklärt. Der Protest gegen die 3. Abteilung war von bürgerlicher Seite eingelegt. Bei der Stadtverordnetenwahl am 3. November siegten unsere Genossen mit 800 Stimmen Mehrheit über die Gegner; sie eroberten dabei alle neun zur Wahl stehenden Mandate und damit die ganze 3. Abteilung. Bei der Beratung gab ein jungnationalistischer Stadtverordneter, der den Protest mitunterzeichnet hatte, offen zu, daß der Protest erfolgt sei, weil mit der zuletzt erfolgten Wahl der Sozialdemokraten in der 3. Abteilung zu viel des Guten geschehen sei. Der Protest gegen die erste Abteilung war von unseren Genossen erhoben worden, da dort dieselben Mängel wie in der 3. Abteilung und noch andere Verstöße vorgekommen waren, die das Resultat beeinflussen konnten. Um konsequent zu sein, mußte die ungültige Mehrheit auch die Wahl der 1. Abteilung für ungültig erklären. Wie sehr es den Bürgerlichen darum zu tun ist, unsere neugewählten Genossen am Einzug in das Stadtparlament zu verhindern, geht daraus hervor, daß bei allen früheren Wahlen genau so verfahren wurde, wie in diesem Jahre.

## Der Kriegsplan des Leipziger Ärzteverbandes.

In gemeinsamer Sitzung tagten am Sonntag in Leipzig der Geschäftsaussschuß des deutschen Ärztevereinsbundes, der Aufsichtsrat, der Baurat, der Vorstand und die Vertrauensmänner des Leipziger Verbandes, um über die Situation zu beraten, die durch das Nichtzustandekommen einer

hätte sie, ohne an das eigene Interesse zu denken, sogar die moralische Pflicht, mit ihren schlimmen Erlebnissen nicht hinter'm Berg zu halten. Sind doch auch früher schon Andeutungen laut geworden, daß dieser Herr Direktor Ustmann sich in moralischer Hinsicht nicht der reinlichsten Hand zu rühmen hat. Der Mann ist somit in sozialer Beziehung ein arger Schädling. Ihm das Handwerk zu legen, wäre eine hohe Mission.

„Und wie könnte ich das?“ entsetzte es häufig den Lippen Marias. Man sah es der Lebhaftigkeit ihrer Züge an, daß die gewissermaßen als nachdenkender Karussell ergangenen Worte des Rechtsanwalts Widerhall in ihrer Seele fanden, daß der aus dem Bewußtsein angeregte Gedanke bereits Wurzel bei ihr gefaßt hatte. Neue Nahrung empfangend, mußte er unaufhaltsam in der Entwicklung fortschreiten.

„Sie hätten Ihre Erlebnisse mir zu Protokoll zu geben, mir der ausdrücklichen Erlaubnis, daß sie zur Kenntnis der Öffentlichkeit gelangen dürfen.“

„Am Gottes willen, Maria,“ stellte, über die erste Wendung der Dinge nun doch erregt, Tante Christine ihrer Nichte vor, „bedenke den Schritt und seine Konsequenzen. Nicht das war es.“

„Ich habe bedacht, Tante, lange genug habe ich jetzt bedacht. Bitte, Herr Rechtsanwalt, fortzufahren.“

„Dann wird Herr Amelang, der Redakteur des „Vollstrecker“, das Schreiben des Herrn Direktor Ustmann zum Gegenstand eines Artikels in seiner Zeitung machen. Herr Ustmann, ob er nun wollte oder nicht, mußte zu diesem Angriff Stellung nehmen, er wäre gezwungen, den „Vollstrecker“, d. h. Herrn Amelang zu verfluchen, und alles, sein jahrelanges Treiben, seine niedrige gemeine Rache, würde durch die Gerichtsverhandlungen klar und offen an's Tageslicht kommen.“

„Wenn er aber nicht klagte?“ war der Einwurf Tante Christines.

„So wäre das ex ipso ein Schuldbekennnis, Sache des Magistrates aber hätte es, auf Disziplinarwege Herrn Ustmann vor die Alternative zu stellen, entweder den Verleumder Amelang dennoch zur Verantwortung zu ziehen, oder aber als ausgezeichneter Mann von seinem Posten zurückzutreten. Wie außerdem die Staatsanwaltschaft in letzterem Falle sich Ustmann gegenüber verhalten würde, wäre Gegenstand einer für ihn sehr verhängnisvollen zweiten Frage.“

„Und meine fernere Aufgabe, Herr Rechtsanwalt?“ fragte Maria.

Sie war den Befehlen des Herrn Benschberg mit einer Aufmerksamkeit gefolgt, die es in Lante Christines Innerem zu immer größerer Gewissheit anwachsen ließ, sie habe die Absicht, den Rechtsanwalts zu folgen. Mehr und mehr vertiefte sie sich in den Gedanken, ihre trüben Erlebnisse, ihre Leidensgeschichte nicht mehr für sich nur, allein in eigenen Interesse, sondern zu Ruh und Frommen ihres Geschlechts, insbesondere derer zum Austrag zu bringen, die gleich ihr unter der rohen Gewalt unwürdiger Thetereidpoten und ihrer Kreaturen zu ringen und zu leiden hatten, die, unbeschützt und ungehört von Gerechtigkeit und gesetzlicher Ordnung, als Angehörige eines auf höchster Stufe stehenden Kulturstaates dennoch ein unwürdiges Slavenleben dahinführten.

Wenn schon nun auch Tante Christine um dieses Vorgehen Marias, für eine Gesamtheit ihre Haut zu Marke zu tragen, schwere Sorge erfaßte, so war sie sich dennoch klar, ein Versuch, sie jetzt noch von ihrem einmal gefaßten Voratz abzubringen, müsse erfolglos verlaufen und — so verzichtete sie.

Boll Schmerz beobachtete die gleich einer guten Mutter sorgende Alte, wie in weniger Monaten aus einem lebenswürdigen, gefügigen Kinde durch das tägliche auf's neue an ihr freisenden Zerger, durch Schmerz und wachsende Bitterkeit ein bis zur Hysterie nervös reizbares Mädchen geworden war, das seinen Kopf durchzusetzen versprach, auch wenn zehn befehlende Tanten sich dagegen auflehnten, auch wenn sie selbst den eigenen Kain vor Augen gesehen hätte.

Ihre fernere Aufgabe, zudringendes Fräulein,“ entgegnete Benschberg auf Marias letzte Frage, „würde nur die sein, ipäter als Zeugin vor Gericht das eidlisch zu erklären, was Sie mir und Herrn Redakteur Amelang anvertrauten, besser aber, Sie liegen außerdem auch noch Ihre Unterschrift unter dem Protokoll gleich notariell beglaubigen, damit Herr Amelang für alle Fälle genügend gedeckt sei.“

Die Geschichte wird gewiß viel Staub aufwirbeln und der Name meiner Nichte durch alle Blätter der Welt geschert werden, ohne daß ihr persönlich irgend ein Nutzen erwächst. O, es ist jährelang, besinne dich, Maria!“ So versuchte Tante Christine trotz allem noch einmal ihr Heil, erlebte aber den Schmerz, weder von ihrer Nichte, noch vom Herrn Rechtsanwalt Benschberg erhört zu werden.

„Der Theaterarbeiter Hildebrandt, dessen Sie erwähnten, würde ja auf Grund seiner Wahrnehmungen Ihr Zeugnis bekräftigen müssen und —“ In diesen Worten unterbrach sich der Rechtsanwalt. „Haben Sie sonst vielleicht noch Momente oder Personen anzuführen, die gleichfalls dem Ansprechen, das der Herr Ustmann sich durch geschickte Manipulationen hier gestattet zu haben scheint, wirksam entgegengestellt werden könnten?“

„Das alles soll in dem Protokoll, das Sie verlangen, der Wahrheit gemäß enthalten sein,“ erklärte entschlossen Maria. „Ja, ich könnte noch eine weitere Zeugin, ein Fräulein Petruska nennen, um das Maß der Beweise zum Überfließen zu bringen.“

„Vortrefflich. Da scheint es ja außer Zweifel, daß die Streiche dieses Herrn Theaterdirektors ihre Sühne finden und dieser wenigstens abgewirksam haben wird. Sie müssen nur, gnädiges Fräulein, in heiligem Ernst mit sich darüber abgesehen haben, ob Sie nun auch bei der Sache bleiben und helfen wollen, einen Stein in's Rollen zu bringen, der schon längst, zum Heile einer ganzen Berufsklasse, des Anstosses einer Persönlichkeit von Initiative, eines Wesens von heroischem Charakter bedurft hätte.“

„Das will ich.“

„Das Zuträglichste wäre, Sie entschlossen sich, gleich jetzt und hier mit mir das auszuarbeiten, was zu sagen ist. Ziehlich —“ Ein zögernder Blick des Rechtsanwalts streifte Tante Christine.

Maria erkannte, daß diese ihm für sein Vorhaben hinderlich erschiene.

„Wenn Sie meinen — auch hierin folge ich Ihrem Wunsch, dich aber, liebe Tante, bitte ich, den Schluß meiner Tragödie mir allein, unter Führung dieses Herrn, zu überlassen. Habe Dank, tausendfachen Dank für deine Liebe, deine Sorge, deine Güte und glaube mir, wie ich auch handele — ich kann nicht anders.“

Ein flüchtiger Kuß, ein schnell abfertiger Händedruck verabschiedete das treueste Herz, das Maria Bergmann auf Erden besaß. Kein heißer, stehender Blick aus den glühenden Augen der Tante war mehr imstande, sie in ihren Entschlossenheit zu machen. Maria, durch Familie eines dunklen Ehrenmannes in unerschuldeten Jammer verfiel, schreie vor keinem Schritt, um sich Genugtuung zu verschaffen, nicht zurück.

(Fortsetzung folgt.)



Einigung zwischen Ärzten und Krankenkassen geschaffen worden ist. Stundenlang wurden die Berichte aus den Bundesstaaten entgegengenommen. Sie waren natürlich mehr oder weniger scharf pointiert. So interessierte die Mitteilung sehr, daß die Kruppische Betriebskrankenkasse sich „mit den Gewerkschaften gegen die organisierten Ärzte verbündet“ habe. Ja, noch Schrecklicheres ist passiert: die Reichsregierung hat den § 370 der Reichsversicherungsordnung interpretiert. Hierzu erklärte die Tagung, daß die jüngsten Ministerialerlasse eine Verschärfung des Kampfes bewirkt haben, und daß der Regierung die Verantwortung zufällt für etwaige Gesundheitsstörungen durch die Heranziehung der Hebammen und der anderen Personen von „hinreichender Zuverlässigkeit und Sachkunde“. Doch nicht genug mit diesem Hohn. Einstimmig wurde auch folgender Beschluß gefaßt:

„Nachdem durch den Erlaß der drei preussischen Minister vom 2. Dezember 1913 die örtlichen Ärzteorganisationen als vertaglichstehende Partei ausgeschlossen werden sollen, halten es die am 7. Dezember 1913 in Leipzig verammelten Vertretungen der ärztlichen Organisationen für eine einzig richtige Antwort, nunmehr in Preußen und in allen Bundesstaaten, die den preussischen Erlaß annahmen, alle örtlichen Vertragsverhandlungen abzubrechen.“

Der weitere Kriegsplan für die Zeit nach dem 1. Januar wurde nach den vorliegenden Meldungen noch wie folgt festgelegt: Der Kampf soll sich nur gegen die Kassen, nicht gegen die Versicherten richten. Mit sogenannten Streikbrechern wird ebensowenig gearbeitet wie mit Hebammen, Krankenschwestern usw. Die Versicherten gelten als Privatpatienten, die zu den ortsüblichen Sätzen der Privatpraxis behandelt werden. Gegenüber dem „von der Reichsversicherungsordnung den Kassen gebotenen Kampsparagraphen 370“ sollen die Versicherungsämter gebeten werden, den Versicherten zu gestatten, daß ihre Kassenansprüche nach § 119 den Ärzten übertragen werden. Im Ablehnungsfalle soll von den Versicherten für die Krankenbehandlung ein Vorbehalt gefordert werden.

Diese letztere Maßnahme ist eine Zwangsmaßregel, die nicht begründet erscheint, aber für die Versicherten außerordentlich schädlich wirken kann. Die lähne Herausforderung der Versicherten durch den Leipziger Ärzteverband wird bei den Versicherten nur eine Stimme der Entrüstung hervorrufen.

## Gewerkschaftsbewegung.

**Christliche Beschimpfungen eines Tarifvertragsfreundes.** Auf der Hauptversammlung der Gesellschaft für soziale Reform in Düsseldorf hatte, wie erinnerlich, Dr. Hugo Singer (Frankfurt am Main) über die Frage der Tarifverträge referiert und dabei die hervorragenden Leistungen der freien Gewerkschaften auf dem Gebiete des Tarifwesens hervorgehoben. Als darauf Vertreter der christlichen Gewerkschaften und der Hirsch-Dunderschen gegen Singheimers Ausführungen Sturm liefen, hob dieser nochmals nachdrücklich hervor, daß an dem Kulturwerk der Tarifverträge die freien Gewerkschaften in hohem Maße beteiligt seien, denn 85 Prozent aller abgeschlossenen Verträge seien ihr Werk. Wegen dieser Feststellung scheint jetzt die Hege gegen Dr. Singheim in der christlichen Gewerkschaftspresse eine rühmliche Fortsetzung zu finden. Der „Holzarbeiter“, das Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands, leistet sich in seiner jüngsten Nummer folgende Unflätigkeiten: „Eine Hand wäscht die andere. Singheim lobt die sozialdemokratische Bewegung, und die Organe dieser Bewegung loben Singheim. So geht's in Abwechslung. Singheim, der Philosoph des Terrorismus, verdient wirklich, als Heiliger der sozialdemokratischen Bewegung verehrt zu werden. Keiner verstand es, wie er, den „Genossen“ plausibel zu machen, daß sie Kulturträger sind, daß ihr Terrorismus gegen Andersdenkende kein Unrecht, sondern Recht ist. Während die „Leipziger Volkszeitung“ die Tarifverträge zum Teufel wünscht und die braven „Genossen“ sich mit dem Tarifvertrag nur widerwillig abfinden, und ihn auch heute nur noch als eine Etappe zum sozialdemokratischen Endziel betrachten, feiert Singheim „das große Kulturwerk“ der sozialdemokratischen Bewegung, die 85 Prozent aller Tarifverträge geschaffen habe. Wir wollen mit Singheim nicht rechten. Er ist des Lobes der sozialdemokratischen Presse würdig. Aber gesagt darf doch einmal mit aller Deutlichkeit werden, daß die nichtsozialdemokratische Arbeiterschaft es als eine Provokation empfindet, daß Singheim ausgerechnet auf der Tagung der Gesellschaft für Sozialreform seine Anschauungen entwickeln konnte. Keine wirkliche Sozialreform ohne Erhaltung und Stärkung der sittlichen Grundlagen eines Volkes! Mag Singheim als Lobredner des Terrorismus und der sozialdemokratischen Bewegung in sozialdemokratischen Konventikeln seine Anschauungen ruhig entwickeln; in einer Versammlung, die geführt wird durch das Vertrauen der nichtsozialdemokratischen Arbeiter, steht er trotz seiner Kenntnisse auf dem Gebiete des Tarifrechts nicht auf dem rechten Platze. Wir würden es auf das lebhafteste bedauern, wenn sich die Gesellschaft für Sozialreform von Singheim und dessen Geistesverwandten auf eine solche Ebene bringen ließe, auf der es nur ein Abwärts gibt.“ — In dem Augenblicke also, indem auf dem Christlich-nationalen Arbeiterkongress auch die Christlichen feierlich „soziale Bekenntnisse“ ablegten, und dem Scharnhartemum drohend die Häute zeigten, beschimpfen christliche Gewerkschaftsblätter einen verdienstvollen Förderer des Tarifvertragswesens in dieser ordinären Weise! Es ist selbstverständlich, daß sich das tarifvertragsfeindliche Unternehmertum solchen fetten Wissen nicht entgehen lassen wird. Die Haltung der christlichen Gewerkschaftspresse bedeutet auch eine Desanourierung des von ihnen sonst immer in den Himmel gehobenen Freiherren v. Berlepsch, der als Vorsitzender die Ausführungen Dr. Singheimers durchaus billigte und ihn gegen die Angriffe von christlicher Seite verteidigte.

Der zweimal gestülpste christliche Verleumder. Einen nachmaligen Denzettel erhielt vor dem Landgericht in Leipzig der Vorsitzende des „Christlichen Kram- und Steinerebeiterverbandes“, Herr Matthias Fromm aus Köln. Fromm hatte in seiner Kramarbeiterzeitung den Genossen Alois Staudinger, Redakteur am „Steinarbeiter“, als Sozialhepigel hingestellt. Zu dieser Anschuldigung kam Fromm wegen folgenden Vorganges: Auf dem Grundstück einer Steinbruchfirma hatte ein christlicher Sekretär eine Versammlung unter freiem Himmel abgehalten. Weil die Versammlung nicht angemeldet war, erhielt der christliche Sekretär ein Strafmandat. Fromm behauptete nun in seiner Zeitung, Staudinger hätte die Anzeige erstattet; er sei ein Sozialhepigel. Gegen diese Verleumdung erhob Staudinger die Beleidigungsklage. Vor dem Schöffengericht zu Leipzig

wurde der Verleumder zu 300 Mark Geldstrafe, eventl. 30 Tage Haft verurteilt. Seine Widerklage, die sich auf drei Artikel im „Steinarbeiter“ stützte, wurde vom Schöffengericht verworfen. Gegen das Urteil legte nun der christliche Führer Berufung ein, auch brachte er seine Widerklage aufs neue ein. Die Verhandlung vor dem Landgericht fand am 5. Dezember statt. Fromm redete sich nun darauf hinaus, er wäre zur Zeit, als die Kramarbeiterzeitung redaktionell bearbeitet wurde, verreist gewesen. Wer den Artikel geschrieben hätte, wisse er nicht. (!) Am 15. Mai aber hatte der wahrheitsliebende Herr Fromm an das Schöffengericht geschrieben, er hätte die Ausführungen in dem inkriminierten Artikel in bestem Glauben an deren Richtigkeit gemacht. Und nun kam seine Ausrede, er kenne den Verfasser nicht. Der Verleumder wollte sich jetzt damit aus der Schlinge ziehen, daß er zur Zeit, als der Artikel erschien, nicht in der Redaktion gewesen sei. Sein Vertreter in der Redaktion, Herr Lechner, mußte vor Gericht aber zugeben, daß er den Artikel schon unter den übrigen Materialien vorgefunden hätte, als Fromm abgereist war. Fromm sowie sein Verteidiger mußten vor Gericht nun endlich zugeben, daß Staudinger der Vorwurf des Spießtums nicht im entferntesten gemacht werden könne. Der christliche Führer trat denn auch nicht im geringsten den Wahrheitsbeweis an. Das Berufungsgericht hielt das erstinstanzliche Urteil aufrecht; es nahm verleumderische Beleidigung an und belieh es auch bei der Geldstrafe von 300 Mark. Die Widerklage gegen Staudinger wurde abermals verworfen. In der Begründung wurde angeführt, daß die schwere Beleidigung wider besseres Wissen erhoben sei; das Gericht stütze auf dem Standpunkt, daß Fromm der Verfasser des Artikels sei und daß Staudinger die Anzeige nicht erstattet habe. — So, nun kann dieser christliche Führer wieder für Wahrheit und Recht weiter kämpfen!

## Amerikanischer Gewerkschaftskongress.

In Seattle, der Metropole des fernwestlichen Washington, fand in den Tagen vom 8. bis 22. November die 32. Jahreskonvention der „American Federation of Labor“ statt; die sich aber leider nur deshalb in den „radikalen Westen“ begeben hatte, um dafür um so nachdrücklicher darzutun, daß sie noch wie vor im Fahrwasser des alten, konservativen Trade-Unionismus schwimmt. Der Kongress brachte der Sache des inneren Fortschritts der amerikanischen Arbeiterbewegung keinerlei Gewinn und unterschied sich in keiner Weise wesentlich von den vorausgegangenen Tagungen mit ihrer zweiwöchigen Verhandlungsdauer und der Dürftigkeit ihres positiven Ertrages, man müßte denn das Besondere des eben beendigten Arbeiterparlamentes in der auffälligen Passivität des radikalen Gewerkschaftselements sehen wollen. Samuel Gompers hatte die Genugtuung, daß seine Wiederwahl so gut wie gar keinen Widerspruch fand. Anscheinend wurde nur eine einzige Stimme gegen ihn abgegeben. Dabei hatte man von Amtsmäßigkeit des alten Führers gesprochen, und die ganze bürgerliche Presse der Vereinigten Staaten hatte den hanebüchernen Ansinn behauptet, die sozialistischen Delegationen würden — John Mitchell, Gompers' Adjutanten in der Civic Federation, als Gegenkandidaten auf den Schild erheben. John White, der treffliche Präsident des radikalen Kohlengräberverbandes, der für das Amt des zweiten Vizepräsidenten vorgeschlagen war, mußte sich mit dem siebenten Vizeposten begnügen.

Der den Delegaten vorgelegte umfangreiche Bericht des Vorstandes meldet durchweg von organisatorischen Fortschritten, von Kämpfen, die in der Mehrzahl siegreich verliefen oder doch teilweise Erfolge brachten. Sämtliche einzelnen Landesverbände und internationalen (das heißt noch über Kanada oder Mexiko ausgebreiteten) Gewerkschaften geben an, wieviel Mitglieder sie im Berichtsjahre gewonnen haben. Nach Angaben über die gegenwärtige Gesamtmitgliedschaft laßt man dabei aber überall vergeblich. Den größten Aufschwung scheint der Kohlengräberverband genommen zu haben, der über eine Mitgliederzunahme um 112 336 berichtet und fast einundneunzig Millionen Dollar an Streikunterstützung ausgezahlt hat. Den besten Streik-Rapport konnten die „United Garment Workers“ (Schneider und Schneiderinnen) erstatten. Sie haben fünf Kleinstreiks geführt und gewonnen und für 115 000 Mitglieder Lohnerhöhungen von einem bis zehn Dollar die Woche und Verkürzung der täglichen Arbeitszeit von ungefähr 80 auf 53 Stunden erkämpft. Nach dem 1. Januar arbeiten die organisierten Schneider in den Klagen, die von den Ausländern betroffen waren, nur noch 52 Stunden. Als ihren großartigsten Erfolg können die Schneider die vollständige Beseitigung des Zwischeneinstellensystems in den größten Städten des Landes buchen. Die „Ladies Garment Workers“ (die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen in der Damenschneiderei) haben in sechs Streiks, an denen insgesamt 40 000 Personen beteiligt waren, ansehnliche Errungenschaften erzielt. Der Bericht macht übrigens Front gegen eine Art radikal scheinender Sozialpolitik, die im letzten Jahre in Staaten wie Massachusetts, Kalifornien, Colorado, Minnesota, Nebraska, Oregon, Utah, Washington und Wisconsin Einzug gehalten hat. Es handelt sich hierbei um Minimallohngesetze, die von der Föderation nur in der Beschränkung auf Frauen und Mädchen gutgeheißen werden. Dagegen wurde ein Bundes-Arbeiterschutz-Gesetz und — eine weitere Beschränkung der Einwanderung verlangt; die in dieser Sache beschlossene Erklärung begnügt sich nicht mit der Forderung des Ausschlusses aller Fremden, sondern spricht auch noch dem lächerlichen „Bildungs-Crimen“ das Wort, ein Einfall, dessen legislative Sanktionierung in den letzten Wochen des letzten Regiments nur durch das Veto des Präsidenten verhindert wurde. Das Taylorische System wissenschaftlich forciert Arbeiter-Abwanderung fand scharfe Verurteilung. Abgelehnt wurden zwei Anträge, deren einer auf Reform des Banksystems abzielte, wogegen der andere ein den Arbeitern näherliegendes und doch noch so fernes Ziel wie das der Erklämpfung des Sechshunderttages im Auge hatte. Namens des zuständigen Komitees erklärte der Seemann Scharrrenburg, daß dieses mit dem Sechshunderttag sympathisierende, die Zeit hierfür aber solange nicht gekommen sei, als der Achthunderttag noch nicht allgemein erkämpft ist. Der Antrag war mit Hinweis auf die erklämpfend zunehmende Arbeitslosigkeit begründet worden. Derselbe Grund ist heiläufig für die deutschen Buchdrucker in Neuyork bestimmend gewesen für die schon vor Jahren erfolgte Einführung der vierzigstündigen Arbeitswoche (bei fünf Arbeitstagen). Ein reichlich konfusier Delegat der Decker, der sich selber als „Demokrat“ bezeichnet, hatte wieder einmal die Gründung einer politischen Arbeiterpartei beantragt, die er aus der Föderation, der Frauenstimmrechts-Liga und — den Sozialisten bilden will. Auch die Farmer — die in einigen Staaten radikal-sozialistische, in anderen erreaktionäre Politik treiben — und sogar die Eisenbahner, denen selbst die Gompers und Mitchell noch zu „radikal“ sind, wollten jener sonderbare Gewerkschafts-Präsident einladen, seiner Partei beizutreten. Die Ablehnung des Antrages gab der bürgerlichen Berichterstattung den Vorwand, von einer Niederlage des Sozialismus auf dem Kongress zu schwafeln, obwohl unsere Genossen in der Versammlung mit dem gräßlichen Ansinn des Herrn Berry gar nichts zu tun hatten. Ein anderer Ansinn, in dem immerhin einige Methode lag — siehe Gompers' Reiseberichte nach seiner

Europafahrt vor drei Jahren — wurde von dem Präsidenten des Zigarrenmacherverbandes, Porfims, verzapft. Er berichtete über die Züricher Gewerkschaftskonferenz, an der er als Delegat der Föderation teilgenommen hat, und er hat dabei gefunden, daß „die Gewerkschaften alle Vorteile gegen und ohne die Sozialdemokratie“ errungen haben. Herr Porfims hat sich besonders darüber geärgert, daß August Erdmann in einem Artikel, der in der Korrespondenz des internationalen Gewerkschafts-Sekretariats wiedergegeben wurde, auch für Amerika eine Zerspaltung der Gewerkschaftsbewegung durch die Kirche voraussetzt. Nach Porfims sprach Bischoff Carroll von Helena (Montana), der Erdmanns Voraussetzung, zum Maßstab für den sonderbaren amerikanischen Arbeiterführer, deutlich genug bestätigte, indem er die deutlichen christlichen Gewerkschaften und katholischen Verbände mit der sozialistischen Tendenz der freien Gewerkschaften entzündigte und hinzufügte: „ich hoffe, daß nie der Tag kommt, an dem es notwendig wird, Sonderorganisationen in den Vereinigten Staaten zu gründen.“

## Soziales.

**Die Krankenkassenwahlen in München.** Bei der Wahl der Unternehmervertreter zum Ausschuss der Ortskrankenkasse in München wurden für die Liste 1 der freien Vereinigung selbständiger Kaufleute 8101 Stimmen, für die Liste 2 der antisemitisch-keritales-liberalen Koalition 2176 Stimmen abgegeben. Die Liste 1 erhält 8 Vertreter, die Liste 2 27 Vertreter. Vorstandsmitglieder erhält die Liste 1 keine, die Liste 2 sieben. Im Ausschuss der Ortskrankenkasse sitzen 38 Vertreter der freien Gewerkschaften, 52 Vertreter der Christlichen und Bürgerlichen, im Vorstand sitzen 9 Vertreter der freien Gewerkschaften und 12 Vertreter der christlichen Gewerkschaften und des bürgerlichen Knädelmuddels.

**Arbeitslosen-Unterstützung in Heidelberg.** Eine städtische Vorlage auf Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung nach dem Muster der Mannheimer Arbeitslosenfürsorge löste im Bürgerausschuss heftige Debatten aus. Alle Unternehmerorganisationen und Mittelstandsvereinigungen hatten in Eingaben und Protestversammlungen den Bürgerausschuss bestürmt, doch ja die Vorlage ablehnen zu wollen. In der Abstimmung fielen 54 Stimmen für und 54 Stimmen gegen die Vorlage. Der Bürgermeister hatte den Stichtschied zu geben, der für die Vorlage votierte und diese damit unter dem Beifall unserer Genossen rettete.

**Krankenkassenwahlen in Mannheim.** Bei den Ausschusswahlen zu der Allgemeinen Ortskrankenkasse 1 entfielen auf die Liste des Gewerkschaftsartikels von 17 150 insgesamt abgegebenen Stimmen 14 775, auf die Liste der Christlich-Nationalen und der Gelben 2375 Stimmen. Die freien Gewerkschaften erhalten 52 Ausschussvertreter und 5 Sitze im Vorstand, die vereinigten Gegner 8 Vertreter im Ausschuss und einen Sitz im Vorstand. — Mit einer Arbeitgeberliste erlangte das Kartell mit 203 Stimmen vier Sitze im Ausschuss und 6 Ersatzleute. An der Wahlagitation waren so ziemlich alle Unternehmer- und Mittelstandsverbände, alle bürgerlichen Frauenvereine und alle gegnerischen Arbeiterverbände beteiligt. Die freien Gewerkschaften sollten schwach gemacht werden. Bei der vorletzten Krankenkassenvertreterwahl wurden auf die Arbeiterliste 1627 und auf Arbeitgeberseite 250 Stimmen abgegeben. Diesmal beteiligten sich insgesamt 17 150 (54 %) Arbeiter und 1703 Unternehmer an der Wahl. — Einen weniger guten Erfolg hatten die freien Gewerkschaften bei der Wahl zur Krankenkasse für Handelsbetriebe. Bei den letzten zwei vorausgegangenen Wahlen wurden hier die Christlich-Nationalen aus der Verwaltung gedrängt. Diesmal aber erhielten sie mit 1870 Stimmen wieder 35 Ausschussvertreter. Die freien Gewerkschaften brachten nur 1380 Stimmen auf, so daß ihnen 25 Sitze zufielen. Das Rennen für die Christlichen gemacht haben in diesem Falle die weiblichen Angehörigen, die Krankenhaus- und Pflegegeschwestern. Bei den verschiedenen Betriebskrankenkassenwahlen erhalten die Christlichen und deren Anhang überall nur ganz wenig Sitze, jedoch man für den Bezirk Mannheim sagen kann, die freien Gewerkschaften dürften mit dem Abschluß der Wahlen zufrieden sein.

## Aus dem Gerichtssaal.

**Zwei Urteile.** Das Gießener Schwurgericht verurteilte am Mittwoch ein junges, 18jähriges Mädchen wegen Andeßterdung zu 2 Jahren 2 Monaten Gefängnis. Sie hatte, als das Kind zur Welt kam, vor Verzweiflung weder aus noch ein gewußt und war so zu dem Verbrechen gekommen, wie das gewöhnlich der Fall ist. — Im Gegenlaß zu diesem Urteil steht das Urteil vom Tage vorher. Ein kroatischer Erdarbeiter, der bei dem Bahnbau Alfeld-Niederaula beschäftigt war, war mit seinem Kollegen in Streit geraten und hatte ihn dabei mit einem Dolchmesser furchterlich zugerichtet. Mehrere Stiche waren durch die Hirschhale in das Hirn gedrungen und hatten den sofortigen Tod herbeigeführt. Trotzdem sprach das Schwurgericht diesen Angeklagten frei; die Geschworenen nahmen an, daß er sich in Notwehr befunden habe.

**Soldatenmishandlungen.** Vor dem Kriegsgericht der Garde-Kavallerie-Division in Berlin wurde wieder einmal ein umfangreicher Soldatenmishandlungsprozess verhandelt. Angeklagt war der Unteroffizier Hoffmann vom Garde-Train-Bataillon. Nicht weniger als 81 Fälle von Mishandlungen, vorchriftswidriger Behandlung und Beleidigung Untergebener werden ihm zum Vorwurf gemacht. Die Anklage erzählt, daß er sich in mindestens 31 Fällen der Mishandlung, in 42 Fällen der vorchriftswidrigen Behandlung und in 5 Fällen der Beleidigung schuldig gemacht habe. Der Angeklagte hatte es durchweg auf Rekruten abgesehen, deren Hilfslosigkeit ihm bei seinen Brutalitäten außerordentlich zujatteten kam. Beschimpfungen, wie etwa: „Hornochse, ich spude Dich ins Gesicht“, „Bist Du Was denn noch nicht aus dem Stall?“, „Altes Schwein, willst Du wohl die Presse zumachen!“ zc. zc. waren an der Tagesordnung. Nebenher schlug er die Rekruten mit einem Rohrstock, mit der Fahrreppe oder dem Reißstock, trat sie ins Gesicht, einen auch in den Leib, so daß er längere Zeit krank lag, teilte Ohrfeigen aus und verlegte ihnen Faustschläge. Zur Strafe ließ er die Rekruten nicht selten Kniebeuge machen mit einem gefüllten Mistkasten in den ausgestreckten Armen, oder er hegte sie im Stall herum, oder ließ die Mäntel an- und ausziehen, bis die Mannschaften in Schweiß gebadet waren. Alle diese Mishandlungen wurden vor Gericht von 30 mishandelten Rekruten bezeugt. Der Angeklagte erklärte, er könne sich bei der Fülle von Mishandlungen auf die einzelnen Fälle überhaupt nicht besinnen, gebe aber im großen und ganzen zu, was da behauptet worden sei. Der Anklagevertreter beantragte neun Monate Gefängnis und Degradation. Das Kriegsgericht nahm 26 Fälle von Mishandlungen und 37 Fälle von vorchriftswidriger Behandlung und 4 Fälle von Beleidigung als erwiesen an. Es sah von einer Degradation ab (!!) und verurteilte den Angeklagten zu nur sechs Monaten Gefängnis. Die Mishandlungen eines Rekruten, der wegen Krankheit am Erscheinen vor Gericht verhindert war, sollen später noch abgeurteilt werden.



# Aus Nah und Fern.

**Nichterliche Willkür.** Kürzlich reichte in Forst (Gauß) der Arbeiter Karl Nibel für sich und seine Frau beim Amtsgericht einen Antrag auf Kirchenaustritt ein. Als er vor dem Gericht erschien, um die Erklärung mündlich abzugeben und zugleich für seine Kinder den Austritt aus der Landeskirche zu vollziehen, drohte ihm der amtierende Richter damit, daß er ihm in dem Falle das Erziehungsrecht für seine Kinder entziehen würde. Natürlich ist eine solche Drohung ganz gegenstandslos, da ein solches Recht selbstverständlich nicht besteht. — Solche Versuche zur offenen Rechtsbeugung stehen nicht vereinzelt da und werden natürlich zur Strafanzzeige gebracht werden. Die Sicherheit unserer preussischen Rechtszustände erfährt jedenfalls durch solche Fälle eine interessante Beleuchtung.

Bei dem Brand der Ginnagrube bei Rybnik sind, wie jetzt berichtend gemeldet wird, gleich zu Beginn der Rettungsarbeiten sechs Leiche geborgen worden. Bei der zweiten Suche sind noch drei Mann lebend zu Tage gefördert worden, von denen einer auf dem Wege nach dem Anapophysitlazarett starb, während die beiden anderen dort schwer darniederliegen.

**Kirchenaustrittsversammlungen in Frankfurt a. M., Dresden und Gera.** Wie in Berlin in den letzten Tagen, fanden auch in den genannten Städten überfüllte Kirchenaustrittsversammlungen statt, die zum Teil polizeilich gesperrt wurden. Es wurden in Frankfurt 400 Kirchenaustritte, in Gera 204 Kirchenaustritte vollzogen.

**Auch anderwärts hat es gezapert!** Die unerhörten Vorgänge von Zabern haben die wertvolle Nebenwirkung, daß sie Fälle ans Tageslicht fördern, in denen auch schon früher das Militär sich verfassungswidrige Übergriffe hat zuschulden kommen lassen. So wird aus Trier berichtet: In der Stadt Trier liegt der große „Palastplatz“, der der Trierer Garnison als Exerzierplatz dient, der aber auch für den Verkehr freigegeben ist. Vor einigen Monaten führte nun eines Morgens ein Trierer angelegenen Geschäftsmanne sein Weg über diesen Platz. Mitten auf dem Wege wurde er von einem Posten in einem Tone angehalten, den sich ein anständiger Mensch nicht gefallen lassen kann. Der Kaufmann verbat sich so entschieden wie möglich diese Behandlung. Während seiner Auseinandersetzung mit dem Posten kam ein Hauptmann des 7. rheinischen Infanterieregiments Nr. 63, dessen Name inzwischen von dem Kaufmann festgestellt worden ist, hinzu und veranlaßte die Festnahme des Passanten. Er wurde von der Wache in das in der Nähe stehende Schilderhaus gebracht. Der Hauptmann hatte ihm unter Anwendung erheblicher Lungenkraft klar zu machen versucht, daß er in einem „Militärstaat“ lebe und daß das Militär die Macht habe, die Befolgung von Befehlen zu erzwingen.

Während der Geschäftsmann in dem Schilderhaus stand, ging der Hauptmann zu dem Posten und sprach eine ganze Zeitlang mit ihm. Nach dieser Unterredung mit dem Posten kam der Offizier zurück und erklärte dem Zivilisten, er könne gehen. Es muß wiederholt werden, es lag nicht der geringste menschliche Grund vor, den Mann anzuhalten oder gar einzusperrten — wenn man nicht als Grund gelten lassen will, daß er sich die Anmaßung eines, wie es scheint, gut gedulten, geübten Soldaten verbieten hatte! Ein anderer Fall, über den die „Morgenpost“ berichtet, betrifft: Am letzten Montag kamen beim Regiment Nr. 170 in Offenbach eine Reihe Landwehrlente zur Entlassung, die sich bitter beklagten über die unerbittliche Behandlung, die ihnen der Leutnant Bedenk zuteil werden ließ. Der diesem Offizier unterstellte Zug bestand mit einer einzigen Ausnahme aus verheirateten Männern und Familienvätern. Der genannte Leutnant „Schiff“ — wie man zu sagen pflegt — die Leute gewaltig; durch seinen Verkehr mit der Mannschaft stellte sich der Leutnant in Gegensatz zum Hauptmann, der die Landwehrlente achtsamvoll behandelte. Der Leutnant drohte bei der geringsten Sache mit Nachexerzieren usw. Belegmäßig eines Wartesch nach Dorf-Bühl, der dem Leutnant nicht schmeichelnd genug ausgeführt wurde, ließ er immer reicheres Tempo nehmen, dem die Leute schließlich nicht mehr gerecht werden konnten. Leutnant Bedenk drohte nun wieder mit Nachexerzieren, wenn der Zug nicht zu einer bestimmten Minute in Bühl eingetroffen sei. In einer Reihe wurde darauf ein Kämpfer last. Der Leutnant verlangte nun, daß derjenige, der „gelacht“ habe, vortrete. Als sich niemand meldete, ging er an eine Reihe heran und behauptete, in dieser Abteilung sei es gewesen, und forderte den „Lächer“ wiederholt auf, vorzutreten, oder er solle genannt werden. Natürlich folgte auch dieser Aufforderung nur ein einziges Schweigen der Landwehrlente. Nun brach aber das Ungewitter los: „Ihr wollt Mäurer sein? Ich habe geglaubt, ich hätte Landwehrlente, reife Leute, vor mir! Lausbuben seid ihr!“ Das ging den Leuten zu weit, die alle im harten Lebenskampf stehen und für sich und ihre Familien den Lebensunterhalt verdienen. Sie taten das einzig Richtige, sie beschwerten sich im Dienstwege über die unerbittliche Behandlung. Nun hätte man bei weitgehender Milde dem Leutnant Bedenk den Ausdruck auf einen momentanen Ausbruch des Irrsinnigen drücken können. Aber nach Eingang der Beschwerde ließ er die Leute wieder antreten und erklärte ihnen: „Ich wiederhole es, ihr seid keine Männer, ihr seid Lausbuben!“ So tragen die Landwehrlente Gewaltsamkeit Erbitterung mit nach Hause, und manch einem gingen die Augen auf über die Verherrlichung des deutschen Bürgers und über den alleinherrschenden Militarismus. Was wird dem Leutnant geschehen, der nicht nur berufen ist, deutsche Bürger darauf zu beschimpfen?

**Wommische Wochensuppe.** Wir lesen im „Landarbeiter“, dem Organ der Deutschen Landarbeiterverbände: Einem unserer Kollegen der Ortsgruppe Meesfeld war Familienzuwachs beschieden. Die gnädige Frau hörte davon, und ergriffen von dem Ereignis, glaubte auch sie Gutes tun zu müssen und gab ihrer Mamfell Anweisung, der Frau eine Wochensuppe zur Stärkung zu senden. Die Mamfell, wohl mit dem Sparsinn der gnädigen Frau vertraut, stellte die Frage, ob sie Vollmilch hierzu nehmen dürfe. „Nicht doch, Magermilch“ ergänzte die Gnädige. „So man hat“ steht im Kochbuch. Die Magermilch war ausgegangen. Nun wurde die Leutelschön angewiesen, solche aus dem Schweißstall herbeizuschaffen. Dies geschah, indem die Köchin aus dem Zementbehälter, in welchen die Magermilch für die Schweine gegossen wurde, eine Portion herausholte. Die Suppe wurde auch angerichtet, aber statt der kleinen Klümpchen wurde ein großer Klumpen, die Magermilch streifte, eignete sich nicht mehr für die Wochensuppe, und so bekam die Frau eine Fleischsuppe, die ihr jedenfalls dienlicher war.

**Was die Jagd eines Gottesgnadenmenschen für 276 Gendarmen bedeutet.** Der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ wird von einem Leser geschrieben: Sie veröffentlichten heute eine Schilderung des spanischen Königs Alfons Jagdvergnügen in Seelowitz in Mähren. Ich kann Ihnen nun berichten, welches Mißvergnügen diese Jagd für nicht weniger als 276 Menschen gewesen ist. Ich fuhr nämlich am Sonntag abend auf der Westtalbahn der Stadtbahn vom Karlsplatz nach Hütteldorf. Zu meinem Erstaunen war der Waggon voll von Gendarmen. Da man beim Anblick so vieler Gendarmen in eine gewisse Aufregung verlegt wird, da man annimmt, es müsse irgendwo der Staat in Gefahr sein, so fragte ich einen der Gendarmen, was das Massenangebot zu bedeuten habe. Er erzählte mir offenerherzig, daß sie alle aus Seelowitz kämen, wo sie zur Sicherheit des Königs Alfons kommandiert waren, und zwar waren es nicht weniger als 276 Gendarmen, die aus verschiedenen Gegenden nach Seelowitz zusammengezogen wurden. Der Gendarm erzählte mir, daß sie in Seelowitz Tag und Nacht in durchnästen Kleidern (besonders am Freitag, als es Tag und Nacht geregnet hat), im Not waten mußten; dabei mußten sie darauf Bedacht nehmen, daß die Jagdgeellschaft sie nicht erblicke. Auf meine Frage, ob sie nicht auch „königlich entlohnt“ wurden, teilten sie mir mit, daß die Entlohnung täglich eine Krone zwanzig Heller betragen habe und daß sie, da die Kost in der Fremde mehr kostete, aus ihrem eigenen Gelde darauf zahlen mußten. Sie waren froh, daß sie schon nach Oberösterreich zurückfahren konnten. Wenn die Könige reisen, haben eben die Gendarmen zu tun. Das hübscheste ist noch, daß der König gar nicht wissen darf, wie viele Menschen sich seinerwegen schinden müssen.

**Bergmannstod.** Auf der Zeche Bruchstraße in Langenbreer entstand ein Wasserdurchbruch. Ein Steiger und drei Bergleute wurden abgeschlitten und konnten nur als Leichen geborgen werden.

**Wegen fortgesetzter Erpressungen** ist der 24 Jahre alte Spediteur Reber, Tempelhof, verhaftet worden. Kurz bevor er seine schwerleidende Frau in eine Heilanstalt brachte, ließ er sie einen Wechsel mit dem Namen einer Jugendfreundin unterschreiben, von der er früher wiederholt größere Geldbeträge begehrt und erhalten hatte. Er rechnete, laut der „Bohnsen Zeitung“, darauf, daß seine Frau, bevor die Wechsel fällig würden, sterben würde; er hätte dann alle Schuld auf die Tote abgemäht. Unlängst ist ein Wechsel fällig gewesen. Die Dame, auf die er ausgestellt war, löste ihn ein, veranlaßte aber sofort die Benachrichtigung der Staatsanwaltschaft. Die Kriminalpolizei nahm den Erpresser fest.

**Eine verwegene Flucht aus dem Ebersfelder Gefängnis** unternahm die gewerkslose Frieda Waller aus Warmen. Das Mädchen war erst vor drei Tagen wieder wegen zahlreicher Hochtateleien verhaftet worden. Sonntag abend gegen 7 Uhr überfiel sie die Aufseherin in dem Augenblick, als diese ihre Zelle betrat, würgte sie mit einem Tuch und nahm ihr dann die Schlüssel ab, mit deren Hilfe sie sich die Freiheit verschaffte. Alle Nachforschungen nach der Flüchtigen und deren Helfern, denn ohne solche war die tollkühne Flucht undenkbar, sind bisher ohne Erfolg geblieben.

**Eine ganze Familie ermordet.** In Schaulen im Distrikt Komno wurde eine jüdische Familie, bestehend aus den Eltern, zwei Kindern und zwei Diensthöten, sowie einem Freunde der Familie, von Einbrechern überfallen und durch Mithiehe ermordet.

## Aus der Jugendbewegung.

**Arbeiter-Jugend.** Die soeben erschienene Nr. 25 des fünften Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Arbeitslosigkeit und Jugendbewegung. Von Heinrich Schulz. — Steuern II. — Lehrer Neumann. Von Karl Löwe. — Wie der Kinetograph arbeitet. Von Hans Bourquin. (Mit Abbildungen). — Das Lohnbeschlagnahme-Gesetz. Von Gustav Hoch. — Vom Kriegsschauplatz. Die Gegner an der Arbeit usw. — Bei Lage: Ein Erinnerungsbuch. Erzählung von Johann Boyer. — Charakter. Von E. Hoernle. — Japanische Tiergeschichten. Von G. Estein. (Mit Abbildungen). — Ein junger Arbeiter. Gedichtzyklus von Fritz Eisner. — Bücher für die Jugend. — Chevalier de la Barre. Von Otto Krille. — Aja. Skizze von Max Barthel.

## Ständesamtliche Nachrichten

vom 30. November bis 6. Dezember 1913.

### Eheliche Geburten.

- a) **K n a b e n:** (Name und Beruf des Vaters).  
 26. November. Arbeiter H. F. F. Groth. Tischler M. Meinke. 27. Arbeiter J. W. M. Rath. 28. Schmidt F. R. Raeding. Eisenbahnwagenschieber W. F. H. Chr. Kempfle. 29. Arbeiter K. Chr. L. Leers. Kanjlist bei der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte C. Th. W. Zegelin. Zimmermann R. L. Warneke. 30. Stellmacher J. H. W. Scharom. Tischler F. F. H. Holz.  
 1. Dezember. Säger J. F. W. Burmeister. 2. Hafenarbeiter W. J. H. Bader. Bahnhofsarbeiter C. G. A. Dose. 3. Eisenbrecher K. Sobit. Kesselmacher C. F. W. Stegmann. Maurer J. F. G. Brüggmann. 4. Privatmann J. R. Chr. W. Frunt. 5. Labemelter J. H. W. Conrads.  
 b) **M ä d c h e n:** (Name und Beruf des Vaters).  
 23. November. Kaufmann A. W. Wendorf. Arbeiter J. F. H. Meißner. 24. Kaufmann D. W. A. Krüger. 25. Viehhändler W. G. J. Ehrlich. 27. Schlachtereigelle K. W. M. Krüger (Zwillinge). 28. Buchdrucker K. C. J. Bagels. Eisenbahnwagenschieber W. F. H. Chr. Kempfle. 29. Handlungsgehilfe C. H. A. Winkelmann. Kanjlist bei der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte C. Th. W. Zegelin. Arbeiter J. W. F. Menzel. 30. Lehrer J. F. L. G. W. Warneke. Arbeiter M. A. J. F. Frhm.  
 1. Dezember. Gärtner K. J. Mittscher. 2. Maschinen-schlosser H. G. W. Paul. Malergeliche C. R. J. Luster-mann. Arbeiter J. C. Wehrendt. Lagerarbeiter K. H. Heinsohn. Arbeiter W. F. J. Gädeler. Druckereibesitzer J. H. Chr. Rath.

### Ungeordnete Aufgebote.

1. Dezember. Tischlergehilfe A. J. F. Piper und M. H. Berg. Bohrer F. Schönfeld und G. Ch. C. Braasch. 2. Mechaniker A. C. Wood und J. R. C. M. Sütter. Zollsekretär J. R. A. Bünz und M. W. C. Schwart. Kaufmann, Dr. der Staatswissenschaften H. G. A. Meyer und W. D. R. Starck. Arbeiter F. R. K. Roggenkamp und F. S. M. Wittfoht. Tischlergehilfe F. F. H. Möller und M. A. J. Timm. Arbeiter C. A. F. Vastian und K. C. D. Eddt in Schadehorn. Wermeister A. F. W. Gruhn und G. M. C. J. Stracke in Stralfund. 3. Schriftföher J. A. H. Düßing und M. R. R. Ch. Kuhlmann in Gütstrom. Metzger F. W. K. Doege und C. L. S. Fischer. Antreiber C. Th. H. Brandt und R. L. H. Braun. Holzpaantoffelmacher K. H. Hedberg und A. M. F. Gaert. 4. Maschinenbauer D. F. Claudius und A. Ch. W. Schröder. Gastwirt A. J. F. Ehlers und R. A. M. Schmahl. Buchhalter F. M. Hager und L. H. J. Wachsmuth. Lehrer F. D. V. Röhl und J. M. C. H. Leifreng. Hilfsarbeiter C. H. K. Granat in Duisburg-Weidrich und M. A. Hinz geb. Arndt in Duisburg-Muhrort. Arbeiter C. F. J. Horstmann und F. A. M. Rieß in Travenhorst. 5. Arbeiter L. Weigeko und M. Kopusta, beide in Nordenham. Handlungsgehilfe A. C. A. Oldag in Hamburg und R. A. M. Koische. Geschäftsreisender D. K. O. Kraadt und A. K. D. Oldenburg. 6. Handlungsgehilfe H. G. B. Stemmrich und M. A. R. Bode. Oberkellner M. G. J. C. A. Lohmann und W. H. A. Rans in Jhehoe. Heischäftlicher Diener R. Schneider und C. W. M. Steffen.

### Eheschließungen.

2. Dezember. Arbeiter J. F. L. Westphal und G. J. Wonne geb. Krause. Oberkellner J. H. Ritz in Hamburg und L. M. W. Viek. Schlossermeister K. M. J. Waader in Leipzig und C. M. J. Rohrmann. 4. Handlungsgehilfe W. J. A. Wandtschneider und M. A. Schröder in Holtkenau. 5. Lehrer H. F. H. Klafen und M. C. Woss. 6. Geschäftsreisender R. H. J. Heilmann und M. F. Schreiber. Güterbodenarbeiter W. J. H. Olmann und A. M. L. Schroeder in Klein-Rünz. Schmiedegeliche D. H. D. Jastram und M. A. H. Grube. Schlossermeister D. K. C. Baumgarten und H. R. A. Schulz. Musikföher J. J. A. Böhl und F. R. W. Schulz. Kaufmann J. F. Wittern und A. R. M. Böhn in Neumünster. Schlossermeister J. J. H. Frohrie und A. C. Schröder. Tischlergehilfe B. Albrecht und M. D. Trechten. Arbeiter J. C. J. H. Duade und A. M. C. Peters. Kohlenhändler H. H. L. Wullbrandt und H. G. Görs geb. Werner. Fahr-rad-schlosser G. W. Nevenmann und G. A. Guder.

### Sterbefälle.

29. November. E. L. V. geb. Viek, Witwe des Lapeziers H. R. H. Schmann, vorher verwitwete Schmidt, 72 J. Arbeiter W. F. Jilner, 41 J. (Müding). Otto Zegelin, 7 Stunden. 30. Arbeiter J. G. Schünemann, 43 J. Großherzoglicher Baumeister H. C. J. Franck, 45 J. (Schönberg i. M.).  
 1. Dezember. F. A. L. Schomaker, 7 J. Apotheker W. R. R. Schrader, 26 J. C. M. H. Junf (Zunft), 20 J. 2. Briefträger F. H. W. Läufer, 29 J. C. M. S., geb. Spiering, Ehefrau des Gärtners K. J. W. Strund, 23 J. 3. Siegfried H. Siege, 2 Tage. Geunden in der Trave: Eine unbekannte männliche Leiche, ca. 20—25 J. 4. H. W. R. Dose, 2 Tage. A. J. geb. Keithmeyer, Witwe des Buchhalters J. J. C. Hinge, 87 J. Schulrat a. D. L. G. A. Gaitens, 71 J. C. M. geb. Schmidt, Witwe des Schneiders L. V. Reher, 86 J. Bureaugehilfe C. R. A. Nibel, 23 J. 5. M. A. H. Veuthien, 11 M. Renteneimpfänger R. A. Rau, 85 J. Privatmann A. W. H. Haerder, 83 J. C. M. C. geb. Jährhach, Witwe des Hilfsgehilfen H. R. L. Kühn, vorher verwitwete Doppke, genannt Dopp, 76 J. 6. W. J. Schumacher, 3 J.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
 Verleger: L. H. Sch warz. Druck: Friedr. Meyer & Co.  
 Sämtlich in Lübeck.

**Eine Frau sucht Beschäftigung** in Waschen und Reinmachen. 9287) Vorbeckstraße 5.

**Gesucht eine Frau** zum Verkauf von Bierbrauerei Thies, Bäckerei, Moising.

Junger Handwerker sucht ein möbliertes Zimmer mit Pension in der Nähe der Engelgrube. Angebote mit Preis unter A C 24 an die Expedition dieses Bl. (9239)

Gesucht: a. l. April 1914 u. hunder-ten Geburten eine Zwei-Zimmer-Wohnung mit Zub., am liebst vor dem Hauptl. Angebote unter M 19 an die Expedition dieses Bl. (9272)

3 Kammer-Gastrone (Pfeifing), zwei Damen-Kleider und Kinder-Bäckerei zu verkaufen. 9273) Friederichstraße 69, I.

**Guter Paletot** für 12-14 Jähr. Kleider billig zu verkaufen. 9274) Vorbeckstraße 29, part.

**Lorbeerkrone Siegerin Palmato**

Allerfeinste buttergleiche Sahnen-Margarine      Unübertroffen feinste Süßrahm-Margarine      Anerkannt beste Pflanzenbutter-Margarine

In allen besseren Geschäften erhältlich.

A. L. Mohr, G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.

**Ein großer Küchenschrank** billig zu verkaufen. 9275) Hundestrasse 82, I.

Ein großer Puppenwagen 2 M., eine Puppen-Sportkare 1 M., ein Kinder-Woelwagen 1 M., Puppenstube u. Küche je 1 M. (9274) Steinstr. 11.

Ein Paar Damen-Stiefel, Gr. 38 und einige Kleidungsstücke zu verkaufen. Wakenigsmauer 9a, III. Befehlen morgens. (9286)

**Ein guterhalt. Pferdehals** zu verkaufen. Preis 250 Mk. 9276) Nordstraße 24, Hinterhaus.

2 Paletots, passend für Arbeiter, 1 Wellenbadschaukel, 1 Abendmantel, 1 Eisenbahn m. Schienen zu verkaufen. (9259) Georgstr. 24, I.

**Eine guterh. Handnähmaschine** billig zu verkaufen. 9288) Vorbeckstraße 13a, part.

Ein Küchenschrank mit Rahmen und ein Reichert zu verkaufen. 9271) Vulfenstraße 29.

Junge und Zuchtchäne, Puppen-Klappwagen und Himmelstiege billig zu verkaufen. 9277) Josephinenstraße 24.

Ein Embentisch, zirka 90 cm lang und 70 cm breit, zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis unter M N 4 an die Expedition dieses Bl. (9287)

Gesucht eine gut erhaltene Trümp-nähmaschine. Angebote mit Preis unter J E an die Exp. d. Bl. (9286)

Gesucht eine Embentür, Spiegel mit Stufe und ein Kochherd für Kinder. Angebote unter C 1 an die Expedition dies. Blattes. (9288)

**Zöpfe, Puppen, Perücken** sowie jede Haararbeit werden billig angefertigt. (8615)

**J. Lau, Friseur,** Dankwartstraße 43.